

Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1955)

Artikel: Verwaltungsbericht der Finanzdirektion des Kantons Bern

Autor: Siegenthaler, W. / Giovanoli, F.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-417520>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VERWALTUNGSBERICHT DER FINANZDIREKTION DES KANTONS BERN FÜR DAS JAHR 1955

Direktor: Regierungsrat **W. Siegenthaler**
Stellvertreter: Regierungsrat Dr. **F. Giovanoli**

A. Allgemeines

I.

Die Vorberatungen betreffend die Revision des Steuergesetzes wurden im Laufe des Jahres so gefördert, dass der Entwurf in der November-Session des Grossen Rates in erster Lesung durchberaten werden konnte.

II.

Die Staatsrechnung für das Jahr 1955 schloss bei Fr. 6 466 935.65 Schuldentgelungen und Fr. 9 758 652.84 Abschreibungen mit einem Reinertrag von Franken 1 188 462.03 ab.

Im Voranschlag war ein Reinertrag von Fr. 117 075 vorgesehen. Das Rechnungsergebnis zeigt somit eine Verbesserung von Fr. 1 071 387.03 gegenüber dem Voranschlag.

Das reine Staatsvermögen vermehrte sich von Fr. 50 524 512.21 auf Fr. 51 712 974.24.

Über Einzelheiten gibt der Bericht der Kantonsbuchhalterei Aufschluss.

III.

Im Finanzwesen weist das Berichtsjahr folgende wichtige Erlasse auf:

- a) Dekret vom 3. Mai 1955 über die Pensionskasse der Kantonalfabrik von Bern und der Hypothekarkasse des Kantons Bern.
- b) Dekret vom 4. Mai 1955 über die Gewährung einer Teuerungszulage an das Staatspersonal für das Jahr 1955.

- c) Dekret vom 4. Mai 1955 über die Gewährung einer zusätzlichen Teuerungszulage an die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen für das Jahr 1955.
- d) Dekret vom 4. Mai 1955 über die Gewährung von Teuerungszulagen für das Jahr 1955 an die Rentenbezieher der Versicherungskasse und der Lehrerversicherungskasse.
- e) Dekret vom 4. Mai 1955 betreffend die Hauptrevision der amtlichen Werte der Grundstücke und Wasserkräfte.
- f) Verordnung vom 23. Dezember 1955 über die Wahl, Wiederwahl, Anstellung und Beförderung von Personal der bernischen Staatsverwaltung (Anstellungsverordnung).

IV.

Ende 1955 noch nicht ausgeführte Motionen und Postulate:

1. Motion Schneiter betreffend Revision des kantonalen Stempelgesetzes.
2. Postulat Jaggi betreffend Erlass eines Gesetzes für Invalidenbeihilfe oder -renten.
3. Postulat Landry betreffend Einreichung der Amtsbezirke in Bezirkssklassen.
4. Postulat Tschanz betreffend Einreichung des Amtsbezirks Konolfingen in Bezirkssklasse I.
5. Postulat Willemain betreffend Neueinteilung der Amtsbezirke.
6. Postulat Eggli betreffend Revision der Stromtarife der BKW.

V.

Jahresbericht und Jahresrechnung der bernischen Kreditkasse werden dem Grossen Rat gesondert vorgelegt. Wir führen hier nur die wichtigsten Zahlen an:

Der Darlehensbestand der Kreditkasse hat einen weiteren Abbau um Fr. 13 589.35 erfahren und ist von Fr. 16 998.85 Ende 1954 auf Fr. 3409.50 Ende 1955 zurückgegangen.

Der Betriebsüberschuss der Gewinn- und Verlustrechnung von Fr. 643.90 wurde dem Reservefonds überwiesen, der auf Ende 1955 einen Bestand von Franken 194 432.35 aufwies.

Der Kapitalbestand des Gemeindeunterstützungsfonds betrug auf Ende 1955 Fr. 1 019 858.80 gegenüber Fr. 869 612.75 auf Ende 1954. Die Entnahmen aus dem Fonds für Zuwendungen an Gemeinden beliefen sich im Berichtsjahr auf Fr. 119 000.

VI.

Über die **Amtskäutionen** und die Art, wie sie geleistet werden, gibt nachstehende Übersicht Aufschluss (Stand 31. Dezember 1955):

Kautionspflichtiges Personal	Es haben ihre Kautions geleistet durch						Total Kautionspflichtige
	Amtsüberschaf-Genossenschaft	Barkautien und Wertschriften	Einzelbürgschaft (Solidarburgen)	Bankgarantie	Kautions-Versicherungspolice	Hängige Fälle	
Beamte und Angestellte der Zentralverwaltung	38	1	—	—	—	—	39
Beamte der Bezirksverwaltung	93	2	—	—	—	1	96
Angestellte der Bezirksverwaltung	277	8	—	—	—	4	289
Anstaltspersonal	43	3	—	2	2	1	51
Oberwegemeister	20	—	—	1	—	—	21
Kreiskommandanten	6	—	—	—	—	—	6
Sektionschefs	209	4	—	3	1	4	221
Nachführungsgeometer	28	1	—	—	—	—	29
Betreibungsweibel	152	1	1	1	—	4	159
	866	20	1	7	3	14	911

B. Verwaltung

I. Direktionssekretariat

Fürsprecher Hans Dreier, der seit September 1945 das Amt des I. Sekretärs der Direktion bekleidete, trat infolge seiner Wahl zum Vizedirektor der Bernischen Kraftwerke AG auf 31. Dezember 1955 zurück. Als dessen Nachfolger wählte der Regierungsrat am 2. Dezember

1955 den bisherigen II. Sekretär, Fürsprecher Dr. Max Wagner, und als neuen II. Sekretär Notar Fritz Stalder, bisher Gerichtsschreiber, Betreibungs- und Konkursbeamter in Laupen.

II. Kantonsbuchhalterei

Personal

Der Personalbestand ist mit 9 Personen unverändert geblieben. Innerhalb dieses Bestandes haben sich 1955 einige Veränderungen ergeben. So trat Herr Hans Neuenschwander nach 43jähriger Tätigkeit im Staatsdienst in den Ruhestand. 2 Angestellte traten in andere Verwaltungsabteilungen über. Die ausgetretenen Personen wurden ersetzt.

Rechnungsführung

Im Vergleich zu Vorjahresrechnung und Voranschlag sind die Umsätze der Finanzrechnung erneut angestiegen. Die Abweichungen sind jedoch weniger gross als in den Vorjahren. Die Umsätze der Vermögensveränderungsrechnung sind höher als diejenigen des Voranschlages, aber um einige Millionen niedriger als die der Rechnung 1954. Das Kreditkontrollwesen konnte in Zusammenarbeit mit den Direktionen, hauptsächlich was die rechtzeitige Anforderung von Nachkrediten anbelangt, verbessert werden.

Die Gesamtrechnung

Der Voranschlag sah bei einem Einnahmenüberschuss der Finanzrechnung von Fr. 2 523 658.— und einem Aufwandüberschuss der Vermögensänderungsrechnung von einen Reinertrag vor von 2 406 583.— 117 075.—

	Die Finanzrechnung lautet:	Fr.
Einnahmen	298 154 154.35	
Ausgaben	285 746 051.56	
<i>Einnahmenüberschuss</i>	<u>12 408 102.79</u>	
Anstelle eines Einnahmenüberschusses von Fr. 2 523 658 ergibt sich der nebenstehende Überschuss und im Vergleich zum Voranschlag eine Verbesserung von	9 884 444.79	

	Die Vermögensveränderungsrechnung ergibt:	Fr.
Aufwand (inklusive Reinertragsverwendung von Fr. 10 Millionen)	56 482 699.66	
Ertrag	45 263 058.90	
<i>Überschuss des Aufwandes</i>	<u>11 219 640.76</u>	
Anstelle eines vorgesehenen Aufwandüberschusses von Fr. 2 406 583 ergibt sich der nebenstehende Betrag und im Vergleich zum Voranschlag eine Verschlechterung von	8 813 057.76	

	Zusammenzug:	Fr.
Einnahmenüberschuss	12 408 102.79	
Überschuss des Aufwandes	<u>11 219 640.76</u>	
Restlicher auf Vermögenskonto übertragener Reinertrag der Gesamtrechnung 1955	1 188 462.03	

Das buchmässig ausgewiesene reine Staatsvermögen nimmt um diesen Betrag zu. Wird von der Rechnungslage vor Reinertragsverwendung ausgegangen, schliesst die

Jahresrechnung 1955 um Fr. 4 120 619.79 schlechter ab als die des Vorjahrs. Sie schliesst um Fr. 11 071 387.03 besser ab als der Voranschlag 1955.

Die Finanzrechnung

Die Behörden haben für total 12,365 Millionen Franken Nachkredite gesprochen, die allerdings nur mit 5,907 Millionen Franken in der Finanzrechnung Berücksichtigung fanden (6,458 Millionen Franken wurden zurückgestellt, siehe auch Vermögensveränderungsrechnung).

Die Finanzrechnung schliesst bei 17,5 Millionen Franken Mehreinnahmen und 7,6 Millionen Franken Mehrausgaben um rund 9,9 Millionen Franken besser ab als der Voranschlag und um 0,65 Millionen Franken besser als die Rechnung 1954. Hier ist zu bemerken, dass der Voranschlag inklusive 6 Millionen Franken Zuschlagssteuereinnahmen erstellt wurde. Diese Steuer wurde 1955 nicht mehr bezogen. Kürzt man die Einnahmen des Voranschlages entsprechend, ergeben sich für die Rechnung 23,5 Millionen Franken Mehreinnahmen und 15,9 Millionen Franken Verbesserung im Vergleich zum Voranschlag.

Die Einnahmen: Ohne Zuschlagssteuer sind die direkten Steuern mit 128,32 Millionen Franken veranschlagt worden; nach Abzug von 2,65 Millionen Franken Korrekturen aus Rechtsentscheiden, wurden 141,49 Millionen Franken oder 13,17 Millionen Franken mehr als vorgesehen in Rechnung gestellt. Die Vermögensgewinnsteuer ergab einen Mehrertrag von 2,5 Millionen Franken. Bei den indirekten Steuern ergibt sich ein Mehrertrag von 0,5 Millionen Franken. Diese Sachlage ist im Hinblick auf den für den Kanton schon pro 1955 ins Auge gefassten Wehrsteuerausfall von 3,5 Millionen Franken bemerkenswert. Im Vergleich zu den absoluten Zahlen der Rechnung 1954 wurden 1955 für 3,4 Millionen Franken mehr direkte und 1,2 Millionen Franken weniger indirekte Steuern veranlagt.

Von den schon hievor erwähnten effektiven Mehreinnahmen von 23,5 Millionen Franken, im Vergleich zum Voranschlag, entfallen demnach 13,6 Millionen Franken auf Steuern und rund 10 Millionen Franken auf andere Einnahmequellen.

Wesentliche Mehreinnahmen sind zu verzeichnen bei: den Handänderungsgebühren, den Motorfahrzeugsteuern, den Anteilen an den eidgenössischen Stempelabgaben und am eidgenössischen Benzinzoll. Ferner bei den Bundesbeiträgen für Haupt- und Alpenstrassen, den Holzverkäufen der Staatsforstverwaltung, sowie aus Darlehensrückzahlungen und den vermehrten Bundesaufträgen an das Kantons-Kriegskommissariat.

Mindereinnahmen ergaben sich bei den Pflichtanteilen der Gemeinden an die Arbeitslosenversicherung, beim Anteil am Ertrag des eidgenössischen Alkoholmonopols, bei den Bundesbeiträgen für fremde Rechnung für Tiefbau und Meliorationen. Einen bemerkenswerten Ausfall brachte außerdem die nunmehrige Verbuchung des Sport-Toto-Jahresanteils auf das privatrechtliche Vermögen.

Bei untereinander abgerechneten Mehr- und Mindereinnahmen weisen 15 Direktionen Mehr- und 3 Direktionen Mindereinnahmen auf.

Die Ausgaben: Der Betrag der von den Behörden bewilligten Nachkredite stellt das bisher höchste Nachkredittotal dar.

Die effektiven Ausgaben übersteigen das Voranschlagstotal, in das die Nachkredite nicht einbezogen sind, netto um 7,6 Millionen Franken. Dieser Betrag ist die Differenz zwischen rund 22,5 Millionen Franken Mehrausgaben und rund 14,8 Millionen Franken Minderausgaben, immer im Vergleich zum Voranschlag. Diese grossen Abweichungen dürften zeigen, wie schwierig es im Rahmen des umfangreichen Finanzhaushaltes und des stark gegliederten Kontenplanes ist, den Geschäftsablauf überall zum voraus zahlenmäßig richtig festzulegen.

Beträchtliche Mehrbelastungen sind entstanden durch: die grösseren Bundesaufträge an das Kantons-Kriegskommissariat, grössere Schuldenabtragungen, höhere Beiträge an Versicherungs- und Ausgleichskasse des Staatspersonals, die Bruttoverbuchung der Gemeindeanteile aus Erbschaftssteuern, die höhern Beiträge aus dem Finanzausgleichsfonds, grössere Leistungen an die Lehrerschaft und deren Versicherungskasse. Ferner durch Gebäudeunterhalt und Neu- und Umbauten, den Ausbau von Verbindungs- und Alpenstrassen, die Beiträge an die Gemeinden für die Strassen sowie die Fürsorgeleistungen innerhalb des Konkordates und Baubeiträge der Fürsorge. Die wesentlichsten Minderausgaben sind zu finden bei: den Beiträgen an die Arbeitslosenversicherungskassen, den Beiträgen für Wohnbauten für kinderreiche Familien, den Bau- und Betriebsbeiträgen für Anstalten und Spitäler. (Diese Minderausgaben wurden durch Schaffung von entsprechenden Rückstellungen wettgemacht). Ferner bei den Zinskosten für die laufenden Schulden, den Sport-Toto-Ausgaben der Erziehungsdirektion, den Schulhausbaubeurträgen an Gemeinden, den Ausbaukosten für Hauptstrassen aus Rückstellungen, den Beiträgen an Abwasser- und Trinkwasseranlagen, Meliorationen und an Eisenbahnunternehmungen. Außerdem wurden geringere Zahlungen ausgeführt für Beiträge an Gemeinden für dauernd Unterstützte und für Baubeiträge der Fürsorge aus Rückstellungen.

Der Vergleich der Ausgabenzahlen der Rechnung mit denen des Voranschlages ergibt kein schlüssiges Bild über die wirkliche Belastung der Staatsrechnung. Nicht oder nicht genügend veranschlagte grössere Ausgabenposten können durch Entnahmen aus bestehenden Rückstellungen in der Vermögensveränderungsrechnung wettgemacht werden. Bei nicht ausgegebenen Krediten ergeben sich in zahlreichen Fällen volle Belastungsposten durch entsprechende Schaffung von Rückstellungen.

Ohne Berücksichtigung der gesprochenen Nachkredite und bei direktionsweiser Verrechnung der Mehr- und Minderausgaben, weisen 10 Direktionen Mehrausgaben und 8 Direktionen Minderausgaben auf.

Die Vermögensveränderungsrechnung

Diese weist unter Einbezug der vom Regierungsrat beschlossenen Reinertragsverwendung von 10 Millionen Franken, bei einem Ertrag von 45,263 Millionen Franken einen Mehrertrag von 6,693 Millionen Franken, und bei einem Aufwand von 56,482 Millionen Franken einen Mehraufwand von 15,506 Millionen Franken (5,506 Millionen Franken effektiv) im Vergleich zum Voranschlag auf. Mit Ausnahme der Reinertragsverwendung im Aufwand und einiger Bewertungsposten, stehen beidseitig

die wesentlichsten Abweichungen in engem Zusammenhang mit den Mehr- und Mindereinnahmen und den Mehr- und Minderausgaben der Finanzrechnung.

Der Ertrag: Bei den Debitoren entstand eine Zunahme durch die Reaktivierung früher abgeschriebener Wertpapiere mit Kurswerten und durch die Aktivierung von Sanierungs- und Überbrückungsdarlehen an Eisenbahnunternehmungen. Die Einlagen der Staatsbanken in ihre eigenen Reserven wurden nicht mehr erfasst. Die Kreditoren nahmen, durch die Verrechnung des Kantonsanteils an der Gewinn-Ausgleichreserve mit der Forderung der Sport-Toto-Gesellschaft und die definitive Abrechnung der Sport-Toto-Gelder mit dem privatrechtlichen Vermögen, mehr als vorgesehen ab. Die Mobilien und Gerätschaften und die Domänen (durch Neu- und Nachschatzungen) haben um wesentlich grössere Beträge als veranschlagt zugenommen. Für Rechnung des Finanzausgleichsfonds und des Fonds für Verbesserungen im Strafvollzug fanden grössere Entnahmen aus dem zweckgebundenen Staatsvermögen statt. Dagegen fielen die vorgesehenen Entnahmen für die Sport-Toto-Fonds dahin. Vermehrte Entnahmen aus Rückstellungen ergaben sich beim Arbeitsamt durch einen Übertrag in die Reserven und hauptsächlich beim Hoch- und Tiefbau. Grössere vorgesehene Entnahmen für eine Bahnsanierung und für Meliorationen fanden nicht statt. Durch den Wegfall von Risiken und um den Mehrverzinsungsbetrag des Dotationskapitals der Kantonalbank wurde der Schuldchein vermehrt abgetragen.

Der Aufwand: Durch Kapitalrückzahlungen der BLS und den Eingang höherer Bundesbeiträge für den Strassenbau nahmen die Debitoren vermehrt ab. Bei den Kreditoren ergab sich eine höhere Eingangsgutschrift für die Wehrsteuerkonten des Bundes, dagegen fiel die veranschlagte Belastung für die Zuschlagssteuer (6 Millionen Franken) weg. Den Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft musste ein geringerer Betrag zugewiesen werden. Die Domänenabnahme war zu hoch veranschlagt.

Für Abschreibungen (Wertberichtigungen) ergaben sich stärkere Belastungen. Sie betreffen Richtigstellungen der Bilanzwerte von Aktien und Anteilscheinen und Berichtigungen von Eisenbahn- und Sportplatzdarlehen. Aus dem Reinertrag wurde eine zusätzliche Berichtigung von 1 Million Franken auf den Elektrifikationsdarlehen an verschiedene Bahngesellschaften vorgenommen. Die Reserveeinlagen der Staatsbanken und die Sport-Toto-Gelder fielen bei den Einlagen in das zweckgebundene Staatsvermögen aus. Der Finanzausgleichsfonds verzeichnet eine höhere Einlage als vorgesehen. Die hauptsächlichste Mehrbelastung der Vermögensveränderungsrechnung entstand durch die stärkeren und zahlreicheren Einlagen in Rückstellungen. Von den 15 Millionen Franken Mehreinlagen betreffen rund 7 Millionen Franken bewilligte Projekte und Beiträge ohne Schulhausbauten, Meliorationen und Wasserbauten. Aus dem Reinertrag wurden zusätzlich folgende Rückstellungen gespiesen: Für die Ablösung des zweckgebundenen Staatsvermögens aus dem Reinvermögenskonto 2,5 Millionen Franken. Für den Einkauf der Monatsbetreifnisse des Staates aus Besoldungsrevision 1956 bei der Versicherungskasse 2,5 Millionen Franken. Für Staatsbeiträge an Gemeinden für Schulhausbauten 3 Millionen Franken. Die bei der Eisenbahndirektion vorgesehene Rückstellung für Bahnsanierungen wurde nicht ausgeführt. Die Reserven erhiel-

ten zum Teil durch Auflösung von Rückstellungen wesentlich höhere Beträge. Dazu kommt eine Zuteilung von 1 Million Franken an das «Konto für besondere Aufwendungen» aus dem Reinertrag.

Die tatsächlich vorgenommenen Schuldentilgungen betragen Fr. 6 467 000 (inklusive freigewordene Risiken Fr. 750 000). Die Reserve für Schuldentilgungen wurde deshalb nicht gespiesen.

Für Einzelheiten verweisen wir auf die gedruckte Staatsrechnung.

Das Vermögen

	Fr.
Dieses betrug am 1. Januar 1955 (inklusive Fr. 55 427 156.09 zweckgebundenes Staatsvermögen auf Ende 1948)	50 524 512.21
Es beträgt am 31. Dezember 1955	51 712 974.24
Zunahme wie hievor	1 188 462.03

Die Umsatzzahlen der Verkehrsbilanz für Mobilien, Waren, Rückstellungen und Reserven stimmen mit den Zahlen der Vermögensveränderungsrechnung nicht genau überein. Die Vermögensveränderungsoperationen der Staatsanstalten werden in den Umsätzen der Verbindungskonten und nicht in denen der vorgenannten Bilanzkonten ausgewiesen. Aus Zweckmässigkeitsgründen werden nicht alle Warenankäufe über die Finanzrechnung und von dort über die Vermögensveränderungsrechnung in die Bilanz geleitet. Vereinzelte Verhandlungen gelangen zuerst in die Bilanz und von dort in die Finanzrechnung.

Übersicht über einzelne Positionen der Vermögensrechnung:

<i>Die über die Verwaltungsrechnung abzutragenden Konten:</i>	
Der am 1. Januar 1955 vorgetragene	Fr.
Saldo betrug	10 398 152.29
Er beträgt am 31. Dezember 1955 . . .	7 552 151.57
Die Konten haben 1955 abgenommen um	2 846 000.72

Im Saldo sind folgende Beträge enthalten:

Lehrerversicherungskasse Fr. 2 512 799.25; Heilstätte Montana Fr. 2 868 300.25; Tuberkulosefonds Franken 1 347 330.27; Sportplatz Wankdorf Fr. 732 605.30; Sportplatz Neufeld Fr. 91 116.50.

Die Wertberichtigungen (inklusive Eisenbahnamortisationsfonds):

Fr.	
Sie betragen am 1. Januar 1955	
1955 erfolgten Berichtigungen bei	
Aktien und Anteilscheinen von Handel und Industrie	563 980.—
Aktien und Anteilscheinen von Eisenbahnen und Schiffahrt	1 235 706.—
Sanierungs- und Überbrückungsdarlehen Eisenbahnen	525 000.—
Elektrifikationsdarlehen Eisenbahnen	1 000 000.—
Sie betragen am 31. Dezember 1955 . . .	34 384 411.—

Die Rückstellungen:

Sie betragen am 1. Januar 1955	36 961 279.15
Am 31. Dezember 1955 erreichten sie inklusiv Reinertragsverwendung von 5,5 Millionen Franken den Betrag von	48 732 288.34
Sie haben 1955 zugenommen um	11 771 009.19

Diese Mittel sind für bewilligte Geschäfte und abgegebene Zusicherungen gebunden. Die direktionsweise Zugehörigkeit der Rückstellungen ist in der gedruckten Staatsrechnung enthalten, auf die wir verweisen.

Das zweckgebundene Staatsvermögen: Fr.
Es betrug am 1. Januar 1955 66 664 937.26

Fr.	
Einlagen 1955	11 278 103.87
Entnahmen 1955	11 869 909.26
Nettoabnahme	<u>591 805.39</u>

Reinvermögen der zweckgebundenen Fonds auf 31. Dezember 1955 inklusive Reservekonten der Kantonalbank und der Hypothekarkasse von 24,3 Millionen Franken 66 073 131.87

Von diesem Betrag sind wie bisher Fr. 55 427 156.09 im Reinvermögenskonto des Staates und Franken 10 645 975.78 auf besonderem Vermögenskonto der Zweckfonds ausgewiesen.

Die Rückstellung für die Ablösung des zweckgebundenen Staatsvermögens aus dem Reinvermögenskonto:

Fr.	
Sie betrug am 1. Januar 1955	6 265 824.—
und wurde aus dem Reinertrag 1955 gespiessen mit.	<u>2 500 000.—</u>
Sie hat auf Ende 1955 einen Bestand von	<u>8 765 824.—</u>

<i>Die Reserven:</i>	Zweckbestimmte	Freie
	Fr.	Fr.
Sie betrugen am 1. Januar 1955	4 211 107.11	7 040 105.—
Sie haben zugenommen um	<u>365 189.28</u>	<u>1 437 405.34</u>
und betragen am 31. Dezember 1955	<u>4 576 296.39</u>	<u>8 477 510.34</u>

Aus dem Reinertrag 1955 wurden den freien Reserven (Konto für besondere Aufwendungen) 1 Million Franken zugewiesen. Die direktionsweise Zugehörigkeit der Reserven ist in der gedruckten Staatsrechnung enthalten, auf die wir verweisen.

Die Steuerausstände:

Die Ausstände an direkten Steuern betragen auf Jahresende (25. Januar 1956) Fr. 41 467 674.64. Davon entfallen auf die Gemeinde Bern Fr. 18 711 604.04. An eidgenössischen Steuern waren ausstehend Fr. 1 752 408.25 Der Staatsanteil an der 1956 zu beziehenden Wehrsteuerquote 1955 ist in der Rechnung berücksichtigt und unter den transitorischen Konten mit 12,9 Millionen Franken aktiviert worden.

Die Verpflichtungen:

Auf Jahresende 1955 bestanden für rund 31 Millionen Franken noch nicht eingelöste Verpflichtungen für Staatsbeiträge an Schulhausbauten, Strassen- und Wasserbau- und Meliorationen. Hierfür sind 11,37 Millionen Franken zurückgestellt.

Die Bilanz des Staatsvermögens

Aktiven

1. Verfügbare Mittel
2. Debitoren
3. Anlagen und Investitionen
4. Innenverkehr
5. Über die Verwaltungsrechnung abzutragende Konten
8. Konten des zweckgebundenen Staatsvermögens, Anlagen

1955	1954
Fr.	Fr.
1 817 311.98	2 414 270.69
85 034 168.02	108 938 609.89
367 902 676.34	362 111 594.20
16 673 251.30	3 675 091.36
7 552 151.57	10 398 152.29
66 411 909.96	69 631 249.63
545 391 469.17	557 168 968.06

Passiven

1. Schwebende Schulden
2. Feste Schulden
2. Kreditoren
3. Wertberichtigungen (inkl. Eisenbahnamortisationsfonds)
4. Innenverkehr
6. Rückstellungen
8. Zweckgebundenes Staatsvermögen (inkl. Kreditoren u. Rückstellungen)
9. Vermögenskonten

50 724 005.26	56 633 204.98
282 370 876.75	288 887 812.40
35 730 356.18	53 824 716.—
34 384 411.—	31 059 725.—
8 932 172.80	8 106 588.67
48 732 288.34	36 961 279.15
19 750 577.87	20 469 917.54
64 766 780.97	61 775 724.32
545 391 469.17	557 168 968.06

Die Bilanzsumme der Aktiven hat im Vergleich zum Vorjahr um Fr. 11 777 498.89 und die der Passiven, ohne die Vermögenskonten, um Fr. 14 768 555.54 abgenommen. Die Vermögenskonten allein (Reserven und Reinvermögen) nahmen um Fr. 2 991 056.65 zu.

Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen des Staates

(Art. 3, Absatz 2, des Finanzverwaltungsgesetzes vom 3. Juli 1938)

1. Hypothekarkasse, § 31 des Gesetzes vom 18. Juli 1875 über die Hypothekarkasse. Für alle von der Hypo-

- the karkasse eingegangenen Verpflichtungen haftet das Staatsvermögen im allgemeinen und das Aktivkapital der Anstalt im besonderen.
2. *Kantonalbank*, Art. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 1942 über die Kantonalbank. Der Staat haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank.
 3. *Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung*, Dekret vom 1. März 1954.
 - a) § 69. Der Staat übernimmt die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen der Kasse.
 - b) § 86. Der Staat garantiert die Verzinsung zu 4% des bei der Hypothekarkasse angelegten Kassenvermögens.
 4. *Bernische Kreditkasse*, Gesetz vom 19. Oktober 1924, Art. 13. Der Staat und die beteiligten Gemeinden haften für die Verbindlichkeiten der Kreditkasse. Gegenwärtig bestehen keine Verbindlichkeiten.
-

5. *Darlehen der Kantonalbank von Bern an bernische Gemeinden mit Staatsgarantie*.
 - a) Grossratsbeschluss vom 14. September 1932. Garantiesumme bis Fr. 1 000 000.
 - b) Grossratsbeschluss vom 22. November 1933. Garantiesumme ebenfalls bis Fr. 1 000 000.
6. *Betriebsdefizitdeckung an Privatbahnen*.
 - a) Bern-Neuenburg-Bahn, Grossratsbeschluss vom 15. Mai 1951; in den Jahren 1951–1955 pro Jahr maximal Fr. 29 400.
 - b) Compagnie des Chemins de fer du Jura, Volksbeschluss vom 3. Dezember 1950; gemeinsam mit Bund, Kanton Neuenburg und Gemeinden.
 - c) Gürbetal-Bern-Schwarzenburg-Bahn, Grossratsbeschluss vom 16. September 1953; in den Jahren 1953–1962 pro Jahr maximal Fr. 130 000.

III. Finanzinspektorat

Im Berichtsjahr sind folgende, unangemeldete Inspektionen ausgeführt worden:

	Zahl der Kassen	Inspektionen
<i>Amtsschaffnereien</i>	22	26
<i>Staatsanstalten</i>	39	40
<i>Kassastellen der Justizverwaltung</i>		
Obergericht	1	1
Verwaltungsgericht	1	1
Handelsgericht	1	1
Versicherungsgericht	1	1
Betreibungs- und Konkursämter	31	34
Gerichtsschreibereien und andere Kassastellen der Bezirksverwaltung	41	42
Regierungsstatthalterämter . . .	30	32
Grundbuchämter	30	32
<i>Übrige Kassastellen der Direktionen</i>	75	68
Total	272	278

Amtsschaffnereien

Über die im Jahr 1955 ausgeführten Revisionen ist nichts besonderes zu berichten. Alle hauptsächlichsten Arbeiten konnten in befriedigender Weise erledigt werden.

Staatsanstalten

Die Revisionen an Ort und Stelle und die Kontrolle der Monatsbilanzen durch das Personal unseres Inspektorates haben eine gute Ausführung gezeigt.

Die Revisionsarbeiten konnten in üblicher Weise besorgt werden. Die nicht immer vermeidbaren Meinungsverschiedenheiten wurden indessen im Einvernehmen mit den betreffenden Direktionen einer Lösung entgegengeführt.

Kassastellen der Justizverwaltung und Kassen der Direktionen

Auch hier ergaben die Revisionen im allgemeinen zufriedenstellende Resultate.

Besondere Aufgaben

Im Sinne der bestehenden Vorschriften stand das Finanzinspektorat den Direktionen für besondere Aufgaben wie bisher zur Verfügung. Die ihm übertragenen Geschäfte konnten gemeinsam und im Interesse aller Beteiligten gelöst werden.

Unregelmässigkeiten

Es ist ein Fall zu verzeichnen, begangen durch den Buchhalter einer Dienststelle. Der Fehlbare wurde dem zuständigen Richter überwiesen.

Personal

a) Inspektorat

b) Amtsschaffnereien

Es haben keine Mutationen stattgefunden.

IV. Versicherungskasse

Die Versicherungskasse der bernischen Staatsverwaltung hat im Berichtsjahr eine Entwicklung zu verzeichnen, die durch das rückwirkend auf den 1. Januar 1954 in Kraft getretene Dekret vom 1. März 1954 beeinflusst worden ist. Das gilt namentlich hinsichtlich der Einnahmen aus Beiträgen, wie auch in bezug auf die Ausgaben für Versicherungsleistungen, die beide bedeutende Erhöhungen erfahren haben. Sowohl die Bestände der Mitglieder der Rentenversicherung und der Sparversicherung als auch diejenigen der Rentenberechtigten weisen Zunahmen auf, während die Zahl der Mitglieder der Sparkasse leicht zurückgegangen ist. Von der durch § 90, Abs. 1, des Dekretes über die Versicherungskasse gebotenen Möglichkeit des Einkaufs auf das 35. Altersjahr zurück wurde im Berichtsjahr in zahlreichen Fällen Gebrauch gemacht. Der Staat hat sich in vereinzelten Fällen, die der Genehmigung durch den Regierungsrat unterlagen, an der Aufbringung der Einkaufssummen gemäss § 24 des angeführten Dekretes beteiligt. Der Kapitalbestand hat sich angesichts der vermehrten Einnahmen aus Beiträgen und Kapitalzinsen gegenüber dem letztjährigen Rechnungsergebnis erhöht. Am Ende des Berichtsjahrs wies der Mitgliederbestand der Rentenversicherung 4827 Personen auf (Vorjahr 4688), derjenige der Sparversicherung 574 Personen (Vorjahr 564) und derjenige der Sparkasse 284 Personen (Vorjahr 317). Im gleichen Zeitpunkte bezifferte sich die Zahl der Bezüger von Versicherungsleistungen, die im Berichtsjahr einen Zuwachs von 147 und einen Abgang von 87 Personen aufwies, auf 1685 Bezugsberechtigte (Vorjahr 1625), deren Rentenansprüche sich auf Fr. 6 367 559 pro Jahr belaufen. Der für die Bestimmung der Beiträge und der Versicherungsleistungen massgebende anrechenbare Jahresverdienst beträgt für die Mitglieder der Rentenversicherung Fr. 45 317 572 (Vorjahr Fr. 43 647 769), für diejenigen der Sparversicherung Fr. 3 897 630 (Vorjahr Franken 3 870 256) und für diejenigen der Sparkasse Fr. 1 229 942 (Vorjahr Fr. 1 538 448).

An Stelle des im Jahre 1954 gekündigten Gegenseitigkeitsvertrages mit der Pensions- und Hilfskasse der Berner Alpenbahn-Gesellschaft wurde im Berichtsjahr eine neue Vereinbarung abgeschlossen.

Jahresrechnung

Rentenversicherung

Die Einnahmen betrugen im Berichtsjahr unter Berücksichtigung der Vermehrung der ausstehenden Beiträge	Fr.
15 200 732.55	
Die Ausgaben betrugen	6 869 290.75
Der <i>Einnahmenüberschuss</i> beträgt	<u>8 331 441.80</u>

Die Kapitalrechnung zeitigt folgendes Ergebnis:

Guthaben bei der Hypothekarkasse einschliesslich ausstehende Beiträge am 31. Dezember 1955	Fr.
102 700 061.60	
Es betrug am 31. Dezember 1954	<u>94 368 619.80</u>
Die <i>Kapitalvermehrung pro 1955</i> beträgt somit	<u>8 331 441.80</u>

Sparversicherung

Die Rechnung der Sparversicherung gestaltet sich folgendermassen:	
	Fr.
Einnahmen	1 546 298.65
Ausgaben	<u>1 328 455.30</u>
Der <i>Einnahmenüberschuss</i> beträgt somit	<u>217 843.35</u>

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:	
Der Kapitalbestand beträgt am 31. Dezember 1955	Fr.
9 208 985.55	
Er betrug am 31. Dezember 1954	<u>8 991 142.20</u>
Die <i>Kapitalvermehrung pro 1955</i> beträgt somit	<u>217 843.35</u>

Sparkasse

Einnahmen	253 667.75
Ausgaben	<u>293 260.—</u>
Der <i>Ausgabenüberschuss</i> beträgt somit	<u>39 592.25</u>

Die Kapitalrechnung weist folgendes Ergebnis auf:	
Der Kapitalbestand beträgt am 31. Dezember 1955	Fr.
1 183 677.15	
Er betrug am 31. Dezember 1954	<u>1 223 269.40</u>
Die <i>Kapitalverminderung pro 1955</i> beträgt somit	<u>39 592.25</u>

Unterstützungskasse

Einnahmen	10 469.25
Ausgaben	<u>18 005.90</u>
Der <i>Ausgabenüberschuss</i> pro 1955 beträgt somit	<u>7 536.65</u>

Die Kapitalrechnung der Unterstützungskasse weist folgende Zahlen auf:

Der Kapitalbestand beträgt am 31. Dezember 1955	Fr.
250 441.70	
Er betrug am 31. Dezember 1954	<u>257 978.35</u>
Die <i>Kapitalverminderung pro 1955</i> beträgt somit	<u>7 536.65</u>

Im übrigen wird auf den ausführlichen Jahresbericht der Versicherungskasse verwiesen.

V. Personalamt

1. Besoldungen und übrige Anstellungsverhältnisse

Durch Dekret vom 4. Mai 1955 hat der Grosse Rat die prozentuale Teuerungszulage von 4,5% auf 6% erhöht; die festen Teile der Teuerungszulage (Kopfquote, Familien- und Kinderzulage) blieben unverändert.

Am 15. Juni 1955 richteten die Personalverbände das Begehr an den Regierungsrat, es möchte das Besoldungsdekrete revidiert und die Besoldungen den neuen Verhältnissen angepasst werden (Reallohnerhöhung). Das Personalamt befasste sich mit der Prüfung der Eingabe und arbeitete verschiedene Vorschläge zur Revision des Besoldungsdekretes aus. Zwischen Finanzdirektion und Personalverbänden fanden Verhandlungen statt, die im Berichtsjahr indessen noch zu keiner Einigung führten. Das Personalamt beteiligte sich ferner an der Vorbereitung der Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes.

Durch die Verordnung vom 23. Dezember 1955 über die Wahl, Wiederwahl, Anstellung und Beförderung von Personal der bernischen Staatsverwaltung (Anstellungsverordnung) wurden insbesondere die Zuständigkeit und das Vorgehen bei der Anstellung und Wiederwahl von Personal zusammenfassend neu geordnet.

2. Personalkommission

Entsprechend dem neuen Reglement für die Personalkommission vom 21. Dezember 1954 hatte die Personalkommission den Vizepräsidenten und den Sekretär zu bezeichnen. Zum Vizepräsidenten wurde Nationalrat Karl Geissbühler, Verbandssekretär, und zum Sekretär Dr. Rudolf Ryser, Personalamt, gewählt. Wegen Ausscheidens aus dem Staatsdienst trat auf Jahresende Fürsprecher Hans Dreier als Mitglied der Personalkommision zurück. Zu seinem Nachfolger wählte der Regierungsrat Dr. Max Wagner, 1. Sekretär der Finanzdirektion.

Die Personalkommission behandelte ihre Geschäfte in 7 Sitzungen. Ausserdem besuchte sie im Zusammenhang mit der Frage der Einführung von Beförderungsprüfungen die kaufmännischen Lehrabschlussprüfungen in Bern. In Münsingen wurden die Unterkunftsverhältnisse des Personals besichtigt.

3. Personal- und Besoldungsstatistik

Die Direktionen beschäftigten auf Jahresende:

	Männer	Frauen	Zusammen	In Vollbeschäftigte inklusive Aushilfen	In Vollbeschäftigte umgerechnet	Veränderung gegenüber Vorjahr
Staatskanzlei	32	5	37	36	—	
Volkswirtschaft	214	75	289	245	— 4	
Justiz	538	123	661	655	+ 7	
Polizei	798	109	907	904	+ 8	
Finanz	402	83	485	481	+ 30	
Übertrag	1984	395	2379	2321	+ 41	

	Männer	Frauen	Zusammen	Beschäftigte inklusive Aushilfen	In Vollbeschäftigte umgerechnet	Veränderung gegenüber Vorjahr
Übertrag	1984	395	2379	2321	+ 41	
Erziehung	591	231	822	665	+ 27	
Kirchen	466	1	467	464	+ 9	
Bau u. Eisenbahn	571	18	589	573	— 3	
Forsten	255	12	267	132	— 2	
Landwirtschaft .	165	90	255	254	+ 3	
Militär	193	19	212	209	— 2	
Fürsorge	117	86	203	202	+ 2	
Gemeinde	8	3	11	11	—	
Sanität	585	635	1220	1207	+ 25	
Total	4935	1490	6425	6038	+100	

Die grössten Veränderungen sind auf folgende Gründe zurückzuführen:

Finanzdirektion (+30): Vorübergehende Anstellung von Aushilfskräften auf der Steuerverwaltung im Hinblick auf die Veranlagungsperiode.

Erziehungsdirektion (+27): Vermehrung der Lehrstellen an der Universität und den Seminarien; Vermehrung der Assistentenstellen und der Hilfskräfte an der Hochschule.

Sanitätsdirektion (+25): Anstellung von Pflegepersonal.

Kirchendirektion (+9): Vermehrung der Pfarrstellen.

Polizeidirektion (+8): Vermehrung des Polizeikorps.

Berechnungen ergaben für das Jahr 1955 folgende Summen für die einzelnen *Besoldungsbestandteile* (ohne Putzfrauen, Lehrlinge, Hilfsarbeiter der Baudirektion, Holzarbeiter der Forstdirektion, Hilfslehrer der landwirtschaftlichen Schulen, nebenamtliche Weibel, Sektionschefs und Zivilstandsbeamte):

	Fr.
Jahresgrundbesoldungen	51 050 000
Unversicherte Zulage von 10%	5 105 000
Familienzulagen	1 129 000
Kinderzulagen	612 000
Ortszulagen	1 430 000
Teuerungszulage:	
6%	3 063 000
Kopfquote	180 000
Familienzulage	169 000
Kinderzulage	153 000
Total	62 891 000

VI. Steuerwesen

A. Zentralverwaltung

1. Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte. Im Berichtsjahr wurden 9080 (8050) Berichtigungen vorgenommen. Von den Steuerpflichtigen wurden 149 (108) Rekurse eingereicht, von der Steuerverwaltung keiner; 143 Rekurse sind schon entschieden. Über die Kosten der Berichtigungen wurde mit 492 Gemeinden abgerechnet.

Durch Dekret vom 4. Mai 1955 hat der Grosses Rat die *Hauptrevision* der amtlichen Werte beschlossen. Die kantonale Schatzungskommission und ihre Ausschüsse haben anschliessend in 16 Sitzungen die Bewertungsnormen für die Grundstücke durchberaten und genehmigt. Es wurden für die Hauptrevision 190 kantonale Schätzer in 80 Kurtagen ausgebildet und 370 Steuerregisterführer über die Durchführung der Revision unterrichtet. – Bis Ende 1955 wurde in 180 Gemeinden mit der Neubewertung begonnen; in 70 Gemeinden ist sie, mit Ausnahme besonderer Objekte, bereits durchgeführt.

2. Die Abteilung für Steuererlassgesuche hatte Ende 1954 noch 844 (568) Gesuche hängig. Neu eingegangen sind 9775 (10 182) Gesuche, und zwar 1305 (1465) für die Wehrsteuer und 8470 (8717) für die Staatssteuer, wovon nicht weniger als 4224 die Stadt Bern betrafen. Von den total 10 619 Gesuchen konnten 9891 erledigt werden; ganz oder teilweise gutgeheissen wurden 6999 Gesuche,

während 2892 abgewiesen werden mussten. Für die Steuerjahre 1951 bis und mit 1955 wurden Fr. 502 697.65 (Fr. 464 046) erlassen. – Ausser den Erlassgesuchen hatte die Abteilung noch rund 500 Stundungs- und Rückerstattungsgesuche zu behandeln.

3. Meldungen für die AHV, die Krankenkassen und die Bergbauernhilfe. Von 111 AHV-Ausgleichskassen sind 69 162 (68 498) Meldeformulare über das Einkommen selbständig Erwerbender oder nicht erwerbstätiger Steuerpflichtiger eingegangen. Erledigt wurden bis Jahresende 68 814 Meldungen. Ferner mussten 680 (516) Berichte an Kassen und Gerichte behandelt werden. Die Entschädigung für die AHV-Meldungen beträgt für die Veranlagungsperiode 1955/56 Fr. 138 324 (Fr. 136 996). – An Erhebungsformularen für die Krankenkassen mussten 37 120 (38 686) ohne Entschädigung ausgefüllt werden. – Für die Familienzulagen an Bergbauern waren 183 (5112) Erhebungsformulare, ebenfalls ohne Entschädigung auszufüllen; bis Ende der Veranlagungsperiode werden es wieder 8900 sein.

4. Die Fachkommission zur Vorbereitung der Partialrevision des Steuergesetzes beendete in über 70 Sitzungen ihre Arbeit, so dass die Finanzdirektion Vortrag und Gesetzesentwurf im August dem Regierungsrat und Grossen Rat vorlegen konnte. Die Mitglieder der Fachkommission nahmen an allen Beratungen der grossrätlichen Kommission teil.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

Im Jahr 1955 fand die 6. Veranlagung unter neuem Recht statt. Die Zahl der eingeschätzten natürlichen Personen betrug 353 767 (1953: 357 141) für die Staatssteuer und 206 688 (201 326) für die Wehrsteuer. Überdies waren noch 39 490 (33 127) Fremdarbeiter gesondert zu veranlagen.

Von den 353 767 Steuererklärungen mussten 213 850 zugunsten oder zuungunsten der Pflichtigen abgeändert werden. – Einsprachen sind 21 665 (1953: 23 383) oder rund 6,1% (6,5%) eingereicht worden.

Der Vergleich mit der Staatsrechnung 1954 und dem Voranschlag 1955 ergibt folgendes Bild:

	Rechnung 1954	Budget 1955	Rechnung 1955	+ oder - gegenüber Rechnung 1954	+ oder - gegenüber Budget 1955
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Einkommen . . .	92 420 405.—	91 000 000.—	94 167 378.—	+ 1 746 973.—	+ 3 167 378.—
Vermögen . . .	13 155 458.—	13 200 000.—	13 394 438.—	- 238 975.—	+ 194 438.—
Total	105 575 863.—	104 200 000.—	107 561 811.—	+ 1 985 948.—	+ 3 361 811.—

Rechnet man zu dieser Hauptsteuer der natürlichen Personen noch die übrigen direkten Steuern hinzu (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuer, Nach- und Strafsteuern, sowie den Eingang abgeschriebener Steuern, so ergibt sich eine gesamte Bruttosteuererstattung von Fr. 141 491 052. Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich eine Mehreinnahme von Fr. 7 186 052, gegenüber der Rechnung 1954 von Fr. 3 372 335.

Die Kosten für Verwaltung, Veranlagung und Bezug belaufen sich auf Fr. 7 778 334 und sind um Fr. 220 414 höher als im Voranschlag. An Bezugsprovisionen wurden den Gemeinden Fr. 2 404 360 (Fr. 2 754 954) ausbezahlt.

C. Steuern der juristischen Personen

Von den 7784 (1953: 7572) steuerpflichtigen juristischen Personen sind 2590 (2381) Aktiengesellschaften und GmbH, 2134 (2121) Genossenschaften und 3060 (3070) übrige juristische Personen. – Es bezahlten an Staatssteuern:

2 Steuerpflichtige mehr als Fr. 1 000 000	
1 Steuerpflichtiger mehr als Fr. 900 000	
1 Steuerpflichtiger mehr als Fr. 500 000	
6 Steuerpflichtige zwischen Fr. 300 000 und 400 000	
7 Steuerpflichtige zwischen Fr. 200 000 und 300 000	
35 Steuerpflichtige zwischen Fr. 100 000 und 200 000	

Neugründungen erfolgten 372 (267), Löschungen 148 (157), Fusionen 2 (8). Interkantonale Teilungen wurden 658 (606) und an Bücheruntersuchungen 1018 (852) vorgenommen. Von 54 (64) Erlassgesuchen blieb nur 1 unerledigt.

Die Zahl der Personalfürsorgestiftungen hat neuerdings zugenommen und beträgt heute 1154 (1095); ihr Gesamtvermögen beträgt Fr. 614 858 883, worin rund 160–170 Millionen Franken Rückkaufswerte von abgeschlossenen Gruppenversicherungen nicht einbezogen sind. Im Durchschnitt der Jahre 1953/54 leisteten die Arbeitgeberfirmen Fr. 28 634 528 und an Unterstützungen wurden Fr. 24 880 000 ausgerichtet, teils aus dem Vermögen der Stiftungen, teils durch die Versicherungsgesellschaften.

Die Arbeitsbeschaffungsreserven haben ebenfalls zugenommen: 356 (345) Firmen haben Reserven von Franken 40 908 000 (Fr. 34 718 000) geschaffen.

1. Erwerbsgesellschaften, Selbsthilfe- und Erwerbsgenossenschaften

	Fr.
Gewinn- und Ertragssteuer	19 677 251
Kapital- und Vermögenssteuer	5 536 829
Total	25 214 080
Voranschlag	24 280 000
Mehrertrag gegenüber Voranschlag . . .	934 080
Mehrertrag gegenüber Vorjahr	233 771

2. Übrige juristische Personen

Einkommenssteuer	1 027 451
Vermögenssteuer	721 701
Total	1 749 152

	Fr.
Übertrag	1 749 152
Voranschlag	1 550 000
Mehrertrag gegenüber Voranschlag	199 152
Mehrertrag gegenüber Vorjahr	34 101

D. Vermögensgewinnsteuer

Der Reinertrag der Vermögensgewinnsteuer belief sich auf Fr. 6 117 605 (Fr. 5 125 898), was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 2 467 605 ausmacht und gegenüber dem Vorjahr von Fr. 991 707.

Die Zahl der Veranlagungen betrug 5861 (5357); in 1752 (1792) Fällen wurde kein Vermögensgewinn festgestellt. Einsprachen waren 566 (434) zu erledigen; hängig blieben 67. – An Erlassgesuchen waren 202 (241) zu erledigen.

E. Nach- und Strafsteuern

Der Reinertrag beziffert sich auf Fr. 830 712 Franken (695 620), was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 230 712 und gegenüber dem Vorjahr von Fr. 135 092 ausmacht.

Behandelt wurden 3820 (3873) Fälle in bezug auf die Staatssteuer und die Wehrsteuern der Perioden IV bis VII. Nach- und Strafsteuern mussten in 570 (409) Fällen festgesetzt werden; der Rest konnte als richtig versteuert abgeschrieben werden. Besondere Bussenverfahren (Anstiftung, Gehilfenschaft und Inventarvergehen) wurden 18 durchgeführt.

Es wurden 18 (23) Gesuche um Herabsetzung eingereicht; gutgeheissen davon wurden 12, abgewiesen 6. An die Rekurskommission weitergezogen wurden 5 (12) kantonale und 5 (7) eidgenössische Fälle, an das Verwaltungsgericht 1 Fall.

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der Bruttoertrag beläuft sich auf Fr. 6 038 065, was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 1 238 065 ausmacht und gegenüber dem Vorjahr einen Minderertrag von Fr. 324 129. An Gemeindeanteilen wurden Fr. 1 225 074 (Fr. 1 164 470) ausgerichtet.

Behandelt wurden 8379 (7590) Fälle, wovon 3167 (3004) abgabepflichtig waren. Die Verrechnung mit der Handänderungsabgabe macht in 1070 (1035) Fällen Fr. 412 525 (Fr. 368 468) aus.

Erbschaftssteuerprozesse vor Verwaltungsgericht wurden in 15 (9) Fällen geführt. Gesuchsanträge wurden 182 (193) gestellt und Bussen mussten in 18 (14) Fällen ausgesprochen werden.

G. Eidgenössische Steuern

1. Eidgenössische Wehrsteuer

III. Periode (1945/46): Weil das 2. Wehropfer erhoben wurde, war für die III. Periode keine Vermögenssteuer zu entrichten. Total Eingang bis 31. Dezember 1955 Fr. 51 986 788.50, davon Anteil des Kantons (30 %)

Fr. 15 596 086.56; Eingang im Jahr 1955 Fr. 2674.60; mit diesem Eingang ist die III. Periode vollständig liquidiert.

IV. Periode (1947/48): Für das Jahr 1947 wurde keine Vermögenssteuer erhoben, da noch die III. Rate des 2. Wehropfers zu entrichten war. Total Eingang bis 31. Dezember 1955 Fr. 79 252 228.66, davon Anteil des Kantons (30 %) Fr. 23 775 668.61; Eingang im Jahr 1955 Fr. 109 665; Ausstand auf Ende 1955 Fr. 22 679.30.

V. Periode (1949/50): Total Eingang bis 31. Dezember 1955 Fr. 92 327 454.50, davon Anteil des Kantons (30 %) Fr. 27 698 236.36; Eingang im Jahr 1955 Franken 194 259.65; Ausstand auf Ende 1955 Fr. 72 261.35.

VI. Periode (1951/52): Total Eingang bis 31. Dezember 1955 Fr. 78 086 334.07, davon Anteil des Kantons (30 %) Fr. 23 425 900.24; Eingang im Jahr 1955 Franken 454 551.55; Ausstand auf Ende 1955 Fr. 219 025.60.

VII. Periode (1953/54): Total Eingang bis 31. Dezember 1955 Fr. 103 324 131, davon Anteil des Kantons (30 %) Fr. 30 997 239.31; Eingang im Jahr 1955 Franken 28 462 185.39; Ausstand auf Ende 1955 Fr. 1 609 075.78.

VIII. Periode (1955/56): Die Eröffnungen werden den Steuerpflichtigen erst auf den 1. April 1956 zugestellt.

2. Sonderzuschlag zur Wehrsteuer 1949

Total Eingang bis 31. Dezember 1955 Fr. 160 187 54.18 davon Anteil des Kantons (10 %) Fr. 1 601 875.45; Eingang im Jahr 1955 Fr. 20 307.45; Ausstand auf Ende 1955 Fr. 23 441.85.

3. Eidgenössisches Wehropfer

II. Wehropfer (1945/47): Total Eingang bis 31. Dezember 1955 Fr. 120 024 662.37, davon Anteil des Kantons (10 %) Fr. 12 002 466.28; Eingang im Jahr 1955 Fr. 74 780.25; Ausstand auf Ende 1955 Fr. 9738.80.

Die Wehrsteuerabteilung hat 7257 Meldungen von andern Kantonen und 10 910 von der eidgenössischen Steuerverwaltung verarbeitet; ihrerseits hat sie an andere Kantone 17 291 Meldungen erstattet. Ferner sind von juristischen Personen 7267 Meldungen über ausgerichtete Vergütungen eingegangen. Steuerteilungsvorschläge sind von andern Kantonen 306 eingegangen und 19 an andere Kantone ausgegangen.

H. Eidgenössische Verrechnungssteuer

1. Verrechnungssteuer

a) Ordentliches Verrechnungsverfahren. Im Berichtsjahr sind 137 166 (75 722) Gutschriften mit einem gesamten Verrechnungssteuerbetrag von Fr. 25 716 540 (Fr. 13 666 021) erteilt worden. Davon wurden Franken 25 487 708 mit Gemeinde- und Staatssteuern verrechnet und Fr. 228 831 direkt an die Berechtigten zurückerstattet. Einspracheentscheide und Abänderungsverfügungen wurden 2366 (2123) ausgefertigt.

b) Vorzeitiges Rückerstattungsverfahren. Die vorzeitig behandelten Anträge auf Verrechnung oder Rück-

erstattung der im Jahr 1955 an der Quelle abgezogenen Verrechnungssteuer setzen sich wie folgt zusammen:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge Fr.
Erbshäften	1844	754 035.20
Lotteriegewinne	2492	491 728.80
Übrige	308	240 166.40
Total	4644	1 485 930.40
(Vorjahr total 3480 mit Fr. Fr. 1 110 217.40).		

2. Rückerstattung von Quellensteuern auf ausländischen Kapitalerträgen

Im Zusammenhang mit der Durchführung der zwischen der Schweiz und verschiedenen ausländischen Staaten abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) hat sich das kantonale Verrechnungssteueramt auch mit der Kontrolle von Rückerstattungsanträgen ausländischer Quellensteuern zu befassen, nämlich:

DBA mit den USA (Rückerstattung des zusätzlichen Steuerrückbehalts USA):

- a) im ordentlichen Verfahren: 1645 (354) Anträge mit Fr. 725 957.
- b) im vorzeitigen Verfahren: 23 (20) Anträge mit Fr. 8543.

Zudem mussten 475 (590) Meldungen (information returns) über amerikanische Erträge geprüft werden.

Wohnsitz- und Besteuerungsbescheinigungen waren abzugeben im DBA mit Schweden für 136 (111) Anträge, DBA mit Holland für 332 (291), DBA mit Frankreich für 494 (0), DBA mit Grossbritannien für 17 (0) und im DBA mit Österreich für 3 (0) Anträge.

3. Wertschriftenbewertung

Es sind insgesamt 1613 (839) Bewertungen von nichtkotierten Aktien und Anteilen bernischer Aktiengesellschaften, GmbH und Genossenschaften vorgenommen worden. Zu 67 (266) Einsprachen mussten Bewertungs-Vernehmlassungen ausgearbeitet werden.

J. Gemeindesteuwerwesen

Teilungspläne. Die Abteilung für das Gemeindesteuwerwesen hatte 2053 (2144) Gemeindesteuerteilungen vorzunehmen. Einsprachen dagegen sind 10 (29) eingegangen, wovon im Berichtsjahr 8 erledigt wurden. Beschwerden an das Verwaltungsgericht wurden keine erhoben.

Finanzausgleich. Beitragsberechtigt im Jahr 1955 waren 259 (250) Gemeinden. Einwendungen gegen die Beitragsberechnung wurden von keiner einzigen Gemeinde erhoben. Die Beiträge der Gemeinden an den Finanzausgleichsfonds beliefen sich auf Fr. 2 190 243 und diejenigen des Staates auf Fr. 1 404 660. Ausbezahlt aus dem Hauptfonds wurden an die beitragsberechtigten Gemeinden Fr. 3 151 630 und aus dem Sonderfonds Franken 135 180.

Der *Finanzausgleichsfonds* (Hauptfonds) weist auf Jahresende ein Vermögen aus von Fr. 11 579 718, der Sonderfonds von Fr. 1 006 081.

Steuergesetzrevision. Die Abteilung war im Berichtsjahr sehr stark mit der Aufstellung von sehr zahlreichen Varianten für die Tarifgestaltung (Stufentarife und Tarife mit überschiessender Progression) beschäftigt, sowie mit den Berechnungen über die Steuerausfälle bei Staat und Gemeinden.

K. Stempelabgabe

1. Kantonale Stempelsteuer

	Voranschlag 1955	Rohertrag 1955	Rohertrag 1954
Stempelmarken	Fr. 1 530 000.—	Fr. 1 601 626.60	Fr. 1 543 538.90
Stempelpapier	» 150 000.—	» 179 093.68	» 170 269.30
Spielkarten	» 75 000.—	» 74 775.—	» 79 313.—
<i>Total Rohertrag</i>	Fr. 1 755 000.—	Fr. 1 855 495.28	Fr. 1 793 121.20

Hievon gehen ab:

Papier- und Druckkosten, Provisionen der Stempelbezüger und Verwaltungskosten	» 155 685.—	» 161 758.77	» 158 018.35
<i>Reinertrag</i>	Fr. 1 599 315.—	Fr. 1 693 736.51	Fr. 1 635 102.85
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag			Fr. 94 421.51
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr			Fr. 58 633.66

2. Kantonale Billettsteuer

	Voranschlag 1955	Rechnung 1955	Rechnung 1954
Rohertrag	Fr. 730 000	Fr. 854 351.95	Fr. 902 028.50
Für Beiträge zur Förderung von Kunst und Wissenschaft (Konto 2000 941.4) wurden aufgewendet	» 864 200	» 896 508.30	» 692 135.76
<i>Reinertrag</i>	Fr. —	Fr. —	Fr. 209 892.74
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag			Fr. 124 351.95
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr			Fr. 47 676.55
Mehrausgaben für Kunst und Wissenschaft			Fr. 42 156.35

VII. Statistisches Bureau

1. Schätzung des Bevölkerungsstandes. Auf Grund der Zählung der schulpflichtigen Kinder einerseits und der Zahl der Stimmberchtigten andererseits errechneten wir wiederum den mutmasslichen Bevölkerungsstand des Kantons. Danach betrug die Gesamtbevölkerung:

Jahresende	
1926	676 400
1930 Zählung	688 774
1935	724 200
1940	726 700
1941 Zählung	728 916
1945	756 800
1946	761 400
1947	786 000
1948	793 300
1949	800 400
1950 Zählung	801 943
1951	811 800
1952	825 700
1953	837 300
1954	845 600
1955 provisorisch	851 000

2. Natürliche Bevölkerungsbewegung. Die Ergebnisse der Statistik über die natürliche Bevölkerungsbewegung und die Wanderungssaldi zeigen im Kanton Bern seit dem Jahre 1927 folgende Entwicklung:

Jahr	Lebendgeborene	Sterbefälle	Geburtenüberschuss	Wanderungssaldo
1927-1930	49 042	31 551	17 491	— 5 117
1931-1935	57 361	39 129	18 232	+ 17 194
1936-1940	54 612	39 836	14 776	— 12 276
1941-1945	72 614	40 605	32 009	— 1 909
1946-1950	79 327	41 166	38 161	+ 6 982
1951	14 655	8 123	6 532	+ 332
1952	14 829	7 969	6 860	+ 7 040
1953	14 801	8 237	6 564	+ 11 600
1954	14 722	8 044	6 688	+ 1 662
1955 prov.	14 817	8 398	6 419	— 1 019

Die Zahl der Lebendgeborenen hält sich immer noch auf bedeutender Höhe, diejenige der Sterbefälle überschreitet etwas die der früheren Jahre. Der Geburtenüberschuss erreicht beinahe den der Vorjahre.

3. Beschäftigungsgrad der Industrie und des Baugewerbes. An der Berichterstattung wirken im Baugewerbe rund 100, in der Industrie rund 380 Firmen mit, die gegen 50% des dem Fabrikgesetz unterstellten Personals beschäftigen. Da die Verteilung der Berichterstatter alle Zweige und Landesgegenden berücksichtigt, dürfte sich ein zuverlässiges Bild des Beschäftigungsgrades ergeben.

Die Zahl der Beschäftigten der einzelnen Brächen wird für die Berechnung des Durchschnittes nach Massgabe ihrer Bedeutung für die bernische Volkswirtschaft gewichtet und der Jahrsdurchschnitt 1944 wird gleich 100 gesetzt. Danach betrug der Beschäftigungsgrad je auf Quartalsende:

Gewerbezweige	Gewichtung	1955				1954 IV. Quartal
		I	II	III	IV	
Textilindustrie	6	138	136	134	133	142
Kleidung, Ausrüstung, Schuhe	9	110	105	106	109	109
Nahrungsmittel, Genussmittel	12	105	104	117	114	109
Chemische Industrie	2	145	146	145	141	139
Papier, Leder, Kautschuk	8	125	127	127	130	125
Graphisches Gewerbe	5	145	149	151	148	146
Holzbearbeitung	9	120	122	120	124	121
Maschinen, Apparate, Metalle	21	153	157	158	159	152
Uhren, Bijouterie	15	124	127	126	128	127
Steine und Erden	3	109	111	111	116	109
Alle Industrien, gewogen	85	128,8	129,8	131,9	132,7	129,8
Baugewerbe	15	129	167	158	116	116
Gewogener Gesamtindex	100	128,8	135,4	135,8	130,2	127,8

Der *Gesamtindex* für Industrie und Baugewerbe zusammen nahm gegenüber dem Vorquartal um 5,6 Punkte ab. Er steht jedoch um 2,4 Punkte über demjenigen des IV. Quartals 1954. Wird der Jahresdurchschnitt 1944 gleich 100 gesetzt, so ergibt sich je am Ende des vierten Quartals:

1944	=	104,4
1945	=	113,1
1946	=	128,0
1947	=	130,2
1948	=	127,7
1949	=	116,1
1950	=	121,7
1951	=	130,1
1952	=	126,5
1953	=	126,8
1954	=	127,8
1955	=	130,2

Der gute Beschäftigungsgrad hat sich im ganzen gesehen erhalten.

4. Aufwand der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken. Die in Verbindung mit der Erhebung über die Gemeindesteuern seit 1928 ununterbrochen durchgeführte Untersuchung über die Höhe des Aufwandes der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken haben wir weitergeführt. Der zu Lasten der Gemeinden fallende Aufwand betrug:

	1952 Fr.	1953 Fr.	1954 (prov.) Fr.
Barleistungen . . .	25 059 102	27 394 760	28 229 269
Naturalleistungen (unbezahltes Ge- meindewerk) . . .	521 884	542 741	547 894
Total Bruttoaufwand	<u>25 580 986</u>	<u>27 937 501</u>	<u>28 777 163</u>

Dieser Aufwand wurde gedeckt durch:

	1952 Fr.	1953 Fr.	1954 (prov.) Fr.
Beiträge von Bund und Kanton . . .	1 334 417	1 284 205	1 963 676
Beiträge von andern Gemeinwesen. . .	82 619	140 780	116 524
Beiträge von Privaten	1 329 888	1 054 341	1 286 796
Nettoaufwand der Ge- meinden und ihrer Unterabteilungen .	<u>22 834 062</u>	<u>25 458 175</u>	<u>25 410 167</u>
Total wie oben. . .	<u>25 580 986</u>	<u>27 937 501</u>	<u>28 777 163</u>

Der zu Lasten der Gemeinden fallende jährliche Aufwand nahm im Laufe der Erhebungsjahre folgende Entwicklung:

Jahr	Absolut	Je Kopf der geschätzten Wohn- bevölkerung
1928/1932	Fr. 10 035 440	= Fr. 14.51
1933/1937	» 8 293 673	= » 11.48
1938/1942	» 6 649 219	= » 9.11
1943/1947	» 10 550 379	= » 13.89
1948/1952	» 20 633 680	= » 25.58

Jahr	Absolut	Je Kopf der geschätzten Wohn- bevölkerung
1952	Fr. 22 834 062	= Fr. 27.65
1953	» 25 458 175	= » 30.41
1954 (prov.)	» 25 410 167	= » 30.05

Seit Kriegsende stieg der Aufwand der Gemeinden fast um das Zweieinhalfache.

Nach Ämtern geordnet, betrug die Last der Gemeinden für ihre Strassen (exklusive Strassen der Allmend- und Flurgenossenschaften und Privatwege) in den letzten drei Jahren:

	1952 Fr.	1953 Fr.	1954 (prov.) Fr.
Aarberg	567 701	603 695	426 592
Aarwangen	485 650	732 156	650 320
Bern	6 927 532	7 623 633	7 376 372
Biel	2 284 282	2 340 634	2 157 983
Büren	402 395	635 430	704 309
Burgdorf	730 058	700 206	745 122
Courterary	776 768	1 186 127	1 108 102
Delémont	456 952	628 963	750 259
Erlach	224 587	273 441	226 822
Franches-Montagnes .	131 854	480 979	203 495
Fraubrunnen	644 996	542 144	530 370
Frutigen	243 276	294 567	379 405
Interlaken	688 947	550 084	738 817
Konolfingen	517 960	528 832	554 424
Laufen	296 256	156 658	254 131
Laupen	217 480	197 677	245 242
Moutier	1 637 678	1 374 520	1 214 417
La Neuveville . . .	99 879	92 680	131 893
Nidau	415 900	956 322	1 052 089
Oberhasli	243 270	224 990	220 817
Porrentruy	648 817	817 030	765 751
Saanen	87 451	105 029	160 690
Schwarzenburg . . .	274 791	273 290	199 152
Seftigen	317 289	424 083	391 506
Signau	395 652	367 364	553 765
Nieder-Simmental.	213 585	219 546	211 255
Ober-Simmental .	113 333	56 663	109 700
Thun	2 050 528	2 376 470	2 415 354
Trachselwald	340 108	348 631	331 019
Wangen	399 087	346 331	600 994

Total 22 834 062 25 458 175 25 410 167

Für die Berechnung des Gesamtaufwandes für den Unterhalt von Strassen und Brücken im Kanton Bern ist zu den oben verzeichneten Beträgen noch der Aufwand des Bundes und des Kantons hinzuzuzählen.

5. Die Erhebung über die Wohnungsproduktion mit Stichtag vom 25. März in allen bernischen Gemeinden, zeigte bei den fertiggestellten, im Bau befindlichen, sowie bei den leerstehenden Wohnungen folgende Zahlen:

Jahr	Neuerstellte Wohnungen	im Bau befindliche Wohnungen	leerstehende Wohnungen Total	davon bereits vermietet
1945	2638	1810	326	105
1946	3344	.	.	.
1947	4042	3225	286	96
1948	4711	8546	275	123
1949	3792	2164	388	114
1950	4719	2943	554	207
1951	4749	2994	1035	371
1952	3988	2817	892	274
1953	3965	2198	583	171
1954	5122	3165	784	263
1955	5804 ¹⁾	3938	985	245
Jan./März 1956	519 ¹⁾	3700 ¹⁾	1276 ¹⁾	267 ¹⁾

Zur Beurteilung des Wohnungsbedarfes geben wir nachstehend eine Aufstellung über die Veränderung im Bestand der Ehen. Im allgemeinen bedarf es heute auf 100 bestehende Ehen 125 Wohnungen inklusive den zu ersetzenen Verlust für abgebrochene Objekte. Danach zeigen Bedarf und Produktion an Wohnungen folgende Entwicklung:

Jahr	Vermehrung der Ehen	Zunahme des Wohnungsbedarfes	Festgestellte Wohndungsproduktion	Überdeckung der Bedarfsvermehrung
1945	2 560	3 200	2 638	— 562
1946	3 040	3 800	3 344	— 456
1947	3 060	3 825	4 042	217
1948	2 880	3 600	4 711	1111
1949	2 550	3 190	3 792	602
1950	2 640	3 300	4 719	1419
1951	2 470	3 100	4 749	1649
1952	2 560	3 200	3 988	788
1953	2 570	3 210	3 965	755
1954	2 300	2 870	5 122	2252
1955 (prov.)	2 170	2 710	5 804	3094
	28 800	36 005	46 874	11 887

6. Weinernteerhebung 1955. Diese jährlich vorgenommene Erhebung in den weinbautreibenden Gemeinden wird entsprechend den Bedürfnissen des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements durchgeführt. Die Zahl der Rebensitzer betrug 1194, und das Rebareal umfasste 272,11 ha. Der Geldwert der Weinernte war im Vorjahr Fr. 1 342 990 und wurde für 1955 auf Fr. 1 713 320 geschätzt, wozu noch Fr. 1120 gemeldeter Erlös für Tafeltrauben kommt.

Die Weinernteerhebung wird seit 1928 alljährlich nach gleicher Methode durchgeführt. Für die Jahre 1928 bis 1947 sind die Ergebnisse im Staatsverwaltungsbericht des Jahres 1947 einzeln aufgeführt. Die nachfolgende Tabelle charakterisiert die allgemeine Entwicklung:

1) Provisorisches Ergebnis.	
Bei Abschluss des Berichtes fehlten noch die Rapporte von 4 Gemeinden. Für diese wurden die im Vorjahr (Ende März 1955) gemeldeten Zahlen eingerechnet, nämlich:	
1954 erstellte Wohnungen	18
Januar/März 1955 neuerstellte Wohnungen	1
Im März 1955 im Bau befindlich	5
Im März 1955 leerstehende	4
Davon bereits vermietet.	0

	Erntejahre				Durchschnitt
	1930	1940	1950	1954	1928-1954
Zahl der Rebbesitzer .	1 304	1 285	1 413	1 194	1 274
Anbaufläche in ha .	288,4	296,3	284,6	272,1	289,5
Weinertrag in hl .	17 277	6 858	14 951	16 592	15 542
Geldwert der Ernte per ha, Fr. .	4 817	2 608	6 204	7 054	5 917
Durchschnittliche Kulturtkosten per ha, Fr. .	2 640	2 522	6 184	5 813	3 968

7. Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe der staatlichen Anstalten des Kantons Bern. Die 1929 begonnene Untersuchung über die Veränderung der Lage in der Landwirtschaft anhand der Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaft der bernischen Staatsbetriebe wurde weitergeführt. Demnächst erscheint eine Sonderpublikation, mit den zusammenfassenden Resultaten seit Beginn unserer Untersuchung. Deshalb beschränken wir uns darauf, die Tabellen der früheren Berichte mit den Ergebnissen des Jahres 1955 kommentarlos zu ergänzen und wiederzugeben.

a) Umfang der Untersuchung

Jahr	Zahl der Betriebe	Kulturfäche in ha	davon Wald
1929/30 . . .	19	2559	109
1931/35 . . .	19	2568	118
1936/40 . . .	19	2576	120
1941/45 . . .	19	2614	144
1946/50 . . .	20	2698	161
1951	20	2735	161
1952	20	2700	151
1953	21	2731	156
1954	21	2730	156
1955	21	2731	150

Das bewirtschaftete Areal ist unter Berücksichtigung der Ertragenheit reduziert. Kleinere Verschiebungen im Ausmass der «reduzierten Kulturfäche» sind durch Änderungen der Reduktionsmaßstäbe erfolgt. Diese wurden nunmehr für die ganze Zeit 1929 bis 1955 einheitlich zurückkorrigiert,

b) Inventarwerte des Pächterkapitals

Diese betrugen für alle Staatsbetriebe zusammengestellt je per 31. Dezember:

Jahr	absolut Fr.	je ha mit Wald Fr.
1941	3 165 164	1227
1951	4 838 509	1769
1952	4 946 597	1832
1953	4 999 944	1831
1954	5 086 407	1863
1955	5 189 234	1900

c) Erträge, Aufwand und «Überschuss»

Die Staatsbetriebe lieferten folgende Ergebnisse je Jahr:

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss“ Fr.	Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss“ Fr.
<i>aa) absolut:</i>							
1929/30	2 846 657	1 996 383	850 274	1929/30	1112	780	332
1931/35	2 336 694	1 941 682	395 012	1931/35	910	756	154
1936/40	2 678 072	2 009 354	668 718	1936/40	1040	780	260
1941/51	4 942 184	3 486 152	1 456 032	1941/51	1856	1309	547
1952	5 541 355	4 698 127	843 228	1952	2052	1740	312
1953	5 603 362	4 922 647	680 715	1953	2051	1802	249
1954	6 046 093	5 006 322	1 039 771	1954	2214	1833	381
1955	5 969 379	5 302 157	667 222	1955	2186	1942	244

Die Erträge sind gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich zurückgefallen, dagegen zeigt der Aufwand eine verhältnismässig starke Erhöhung.

Die Endroherträge der einzelnen Betriebszweige betragen:

Jahr	Rindviehhaltung		Schweine- haltung Fr.	Übriger Tierbestand (Pferde, Geflügel usw.) Fr.	Landwirt- schaftliche Produkte Fr.	Ver- schiedenes Fr.
	Tiere Fr.	Milch Fr.				
<i>aa) absolut:</i>						
1929/30	872 053	627 924	500 849	48 814	1 145 018	152 499
1931/35	195 171	593 960	315 281	50 268	1 016 097	165 917
1936/40	327 008	564 018	339 805	77 963	1 172 140	197 138
1941/51	650 801	807 502	633 205	199 471	2 895 088	256 117
1952	645 463	1 167 048	808 589	201 396	2 463 957	254 902
1953	757 367	1 215 369	823 981	180 215	2 303 225	323 205
1954	782 542	1 265 184	980 279	210 267	2 437 653	370 168
1955	960 738	1 275 658	981 441	204 068	2 218 060	329 414
<i>bb) je Hektar Kulturfläche:</i>						
1929/30	145	245	196	19	447	60
1931/35	76	231	123	19	396	65
1936/40	127	219	132	30	455	77
1941/51	244	303	238	75	900	96
1952	239	432	299	75	913	94
1953	277	445	302	66	843	118
1954	287	463	359	77	893	135
1955	352	467	359	75	812	121

Die Milchproduktion ergab gleiche Wertsummen wie im Vorjahr. Die Werterhöhung in der Rindviehnachzucht ist nicht einer Bestandesvermehrung, sondern einer Werterhöhung der Einzeltiere zuzuschreiben. Die Schweinehaltung erbrachte die gleichen Erträge wie im Vorjahr. Einen starken Ausfall ergaben die landwirtschaftlichen Produkte.

Für die einzelnen Aufwandsgruppen wurden folgende Beträge je Jahr aufgewendet:

Jahr	Pachtzinse und Steuern Fr.	Gebäude- unterhalt Fr.	Maschinen und Geräte Fr.	Düngemittel Fr.	Sämereien Fr.	Futter- mittel Fr.	Verschiedene Ausbaben Fr.
	<i>aa) absolut:</i>						
1929/30	354 485	34 034	194 747	121 475	75 794	351 048	247 103
1931/35	360 280	23 812	166 161	91 879	69 146	329 213	242 116
1936/40	364 326	17 702	140 365	95 058	100 382	365 403	286 119
1941/51	382 919	75 086	298 127	193 467	202 104	477 085	515 406
1952	337 677	180 879	353 986	204 023	168 148	737 550	621 746
1953	344 174	208 551	342 044	234 928	209 324	792 891	635 295
1954	345 333	200 657	384 256	216 346	213 459	744 531	715 705
1955	347 409	280 667	473 493	205 156	219 133	797 427	704 068
<i>bb) je Hektar Kulturfläche:</i>							
1929/30	139	13	76	47	30	137	97
1931/35	140	9	65	36	27	128	94
1936/40	141	7	55	37	39	142	111
1941/51	144	28	112	73	76	179	193
1952	125	67	131	76	62	273	230
1953	126	76	125	86	77	290	233
1954	126	73	141	79	78	273	262
1955	127	103	174	75	80	292	258

Stark steigender Aufwand für Gebäudeunterhalt sowie Maschinen und Geräte sind charakteristische Merkmale der Wirtschaftsergebnisse. Ebenfalls mussten für den Futtermittelzukauf vermehrte Mittel eingesetzt werden, während der Aufwand der übrigen Hilfsstoffe sich ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres hielt.

d) Das volkswirtschaftliche Einkommen und seine Zusammensetzung. In den untersuchten Betrieben verteilt sich das volkswirtschaftliche Einkommen auf:

Jahr	die Besoldungen und Arbeitslöhne		den Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbezahlte Arbeit	Total volkswirtschaftliches Einkommen
	Fr.	Fr.		
<i>aa) absolut:</i>				
1929/30 . .	617 697	1 204 759	1 822 456	
1931/35 . .	659 075	755 292	1 414 367	
1936/40 . .	639 999	1 033 044	1 673 043	
1941/51 . .	1 341 958	1 838 951	3 180 909	
1952 . .	2 094 118	1 180 905	3 275 028	
1953 . .	2 155 440	1 024 889	3 180 329	
1954 . .	2 186 035	1 385 104	3 571 139	
1955 . .	2 274 804	1 014 631	3 289 435	
<i>bb) je Hektar Kulturfläche:</i>				
1929/30 . .	241	471	712	
1931/35 . .	257	294	551	
1936/40 . .	248	401	649	
1941/51 . .	504	691	1195	
1952 . .	776	437	1213	
1953 . .	789	375	1164	
1954 . .	801	507	1308	
1955 . .	833	371	1204	

Der Netto-Rohertrag (volkswirtschaftliches Einkommen) ist gegenüber dem Vorjahr um 104 Fr. pro ha oder 8% zurückgefallen. Gleichzeitig ist der Aufwand für die Besoldungen und die entlohnten Arbeitskräfte gestiegen, so dass das landwirtschaftliche Einkommen, das ist der Ertrag für das Aktivkapital, die Steuern und für die unbefahlte Arbeit, stark zurückfiel. Verglichen mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten ist ein starker Wertschwund zu verzeichnen.

Der Ertragsanteil des Staates (Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbefahlte = Arbeit sogenanntes landwirtschaftliches Einkommen) umgerechnet mit dem Lebenskostenindex ergab je Hektar Kulturfläche:

Jahr	nominal	Lebenskosten- index	Wert, gemessen mit dem Lebenskostenindex (Realwert)	
			Fr.	Index des Realwertes*
1929/30 . .	471	100	471	100
1931/35 . .	294	85	345	73,2
1936/40 . .	401	87	460	97,7
1941/51 . .	691	131	527	111,9
1952 . .	437	148	295	62,6
1953 . .	375	147	255	54,1
1954 . .	507	148	343	72,8
1955 . .	371	150	247	52,4

Das landwirtschaftliche Einkommen ist unter den Stand des Jahres 1953 zurückgesunken und liegt nur noch unwesentlich über dem Stande der Krisenjahre 1931/35. Misst man die Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens an jener der Lebenshaltungskosten, so

zeigt sich ein bedenkliches Bild. Seit dem Beginn unserer Beobachtungen ist ein Realwertverlust von 47,6% zu verzeichnen.

Obschon die Durchschnittszahlen sich schon bei einer beschränkten Anzahl Betriebe ausgleichen, zeigen die Einzelergebnisse eine grosse Streubreite. Dieser Umstand ist bei den Folgerungen vom Durchschnitt auf den Einzelbetrieb zu beachten. Es wiesen die Staatsbetriebe folgende Einzelergebnisse auf:

Volkswirtschaftliches Einkommen per ha Fr.	Zahl der Betriebe				
	1950	1952	1953	1954	1955
Bis 600	3	1	3	1	3
601– 900	5	5	2	6	2
901–1200	2	1	5	2	4
1201–1500	4	7	4	3	4
1501–1800	5	4	3	3	3
Über 1800	1	2	4	6	5
Total	20	20	21	21	21

8. Statistik der Steueranlagen. Wiederum wurde die jährliche Übersicht über die von den Gemeinden pro 1955 beschlossenen Steueranlagen ausgearbeitet. Das Ergebnis stellen wir bereits am 5. Oktober 1955 in einem vervielfältigten Heft den Gemeinden zu.

9. Statistik der Steuerkraft und Tragfähigkeit. In Fortsetzung früherer Arbeiten bereinigten wir die Zahlen über die Steuerkraft der Gemeinden nach Ertragsfaktor 1953. Die Gesamtsteueranlage drückt die Belastung einschließlich der Steuern der Unterabteilungen, Kirchengemeinden und der ausserordentlichen Gemeindesteuern aus. Dem Vergleich der Gesamtsteueranlage mit der Steuerkraft entnehmen wir die Tragfähigkeit, die auf diese Weise zahlenmäßig bestimmt werden kann. Am 4. November 1955 konnten wir die drei in Frage stehenden Faktoren des Steuerjahrs 1953 den interessierten Verwaltungsstellen überreichen. Im gewogenen Mittel ergeben sich folgende Zahlen:

Jahr	absolut Fr.	Steuerkraft je Einwohner	
		gemäss letzter Volkszählung	geschätzter Wohnbevölkerung Fr.
1945	37 557 195	51.52	49.63
1946	37 694 410	51.71	49.51
1947	46 008 664	63.12	58.54
1948	46 711 796	64.08	58.88
1949	54 484 424	74.75	68.07
1950	53 684 755	66.94	66.94
1951	55 022 481	68.61	68.09
1952	54 969 877	68.55	66.98
1953	64 648 851	80.62	77.21
Mittlere Gesamtsteueranlage		Tragfähigkeitsfaktor je Einwohner	
1945	2,41	21.38	20.59
1946	2,39	21.64	20.72
1947	2,42	26.08	24.19
1948	2,40	26.70	24.53
1949	2,37	31.54	28.72
1950	2,40	27.89	27.89
1951	2,41	28.47	28.25
1952	2,42	28.33	27.68
1953	2,43	33.18	31.77

10. Die Ergebnisse der Grossratswahlen vom 2. Mai 1954 wurden, wie nach den früheren Wahlgängen, aufgearbeitet und als Nr. 34 der «Mitteilungen» publiziert. Der Text befasste sich mit einigen Besonderheiten der bernischen Legislative, die erstmals nach dem am 19. April 1953 vom Volk gutgeheissenen Wahlmodus (feste Zahl von 200 Grossräten) bestellt wurde.

11. Repräsentative Staatssteuerstatistik pro 1953. Diese Stichprobenerhebung des Vorjahres leistete ausgezeichnete Dienste zur Beurteilung der vom Grossen Rat vorgenommenen Steuergesetzrevision. Auf Grund der vorhandenen Stichprobe konnten die mutmasslichen Ausfälle einzelner Abänderungen berechnet werden. Nebenher erstellten wir die Tabellen der wichtigsten Ergebnisse, die im Jahre 1956 als Publikation erscheinen sollen.

VIII. Salzhandlung

Verkaufte Salzmengen

	1. Koch- und Tafelsalz	1954 kg	1955 kg	Mehr- bzw. Minder-verkauf gegenüber Vorjahr kg
Unjodiert offen		1 910 000	1 804 800	— 105 200
Jodiert offen		5 738 350	5 881 800	+ 143 450
Unjodiert in Kilogrammpaketen		24 650	26 125	+ 1 475
Jodiert in Kilogrammpaketen		815 275	886 275	+ 71 000
Gresil-Tafelsalz in Pfundpaketen		146 500	145 440	— 1 060
Total		8 684 775	8 744 440	+ 109 665

2. Andere Salzarten

Meersalz	95 150	102 250	+ 7 100
Gewerbesalz	2 400 700	3 014 950	+ 614 250
Nitritpökelsalz	180 750	200 100	+ 19 350
Salzsole, ungereinigt	172 145	175 332	+ 3 187
Übrige Spezialsalze	81 779	75 540	— 6 239
Total	2 930 524	3 568 172	+ 637 648

Ertrag	1954 Fr.	1955 Fr.	Veränderung gegen über Vorjahr Fr.
Bruttoertrag	2 957 686	3 030 863	+ 73 177
Unkosten	1 757 320	1 846 715	+ 89 395
Reinertrag	1 200 366	1 184 148	— 16 218

IX. Domänenverwaltung

Die nun schon mehrere Jahre anhaltende grosse Nachfrage nach Bauland hat sich im Berichtsjahr noch durch den grossen Landbedarf für den Ausbau der Autostrassen erhöht, was sich in einem weitern Druck auf das Staatsland und vermehrten Begehren um Realersatz auswirkt.

Zahlreiche Gesuche um Abgabe von Bauland mussten abgewiesen werden, weil der Bestand der Staatsdomänen möglichst gewahrt und das Land für staatseigene Zwecke reserviert werden muss. Aber auch die Pfrundgüter sind mehr und mehr dem Landhunger ausgesetzt und bilden Gegenstand von Begehren seitens von Gemeinden, die für

neue Schul- oder Gemeindehäuser Land benötigen. Bei allem Verständnis für solche Bedürfnisse muss die Domänendirektion als Hüterin der Pfrundgüter darnach trachten, diese in ihrem Bestande zu erhalten und ihrem Zwecke nicht zu entfremden. Dort wo eine Landabtretung für öffentliche Zwecke nicht zu umgehen war, ist diese auf Grund eines Abtauschs erfolgt.

Einem einzigen grössern Liegenschaftsverkauf in Ins (Witzwil) stehen 8 Ankäufe gegenüber, wovon insbesondere der Erwerb des «Kirschgartens» in Spiez und der Häuser Kramgasse 20 und 22 in Bern sowie der Ankauf eines landwirtschaftlichen Gutes in Bellelay hervorzuheben sind.

Im Berichtsjahr waren 2 grössere Brandfälle von Staatsgebäuden zu verzeichnen. So zerstörte ein Brand am 7. April 1955 einen Teil des Schlosses Münchenwiler, und am 6. Dezember 1955 wurde die «alte Hauptwache» in Bern von einem Brand heimgesucht. In beiden Fällen entstanden ziemlich umfangreiche Schäden, deren Behebung sofort angeordnet wurde. Im Fall Münchenwiler erfordert der Wiederaufbau eine Summe von Fr. 300 000.

In Fortsetzung der Sanierung ungenügender Verwaltungsräume wurden auch im Berichtsjahr wiederum verschiedene Umplazierungen von Amtsstellen vorgenommen. So unter anderem in Bern, wo für die bisher an der Gerechtigkeitsgasse 2 untergebrachten Abteilungen der Fürsorgedirektion ein privater Neubau an der Herrngasse langfristig gemietet wird. In Biel konnten für die Steuerverwaltung in einem Gebäude am Bahnhofplatz sehr gut geeignete Räume gemietet werden, wodurch das Haus Neuengasse 8 nun vollständig dem Polizeikommando überlassen werden kann. Im weitern ist zu vermerken, dass im Frühjahr 1955 das neue Verwaltungsgebäude «zum Kyburger» in Burgdorf bezogen werden konnte, wo nun die Steuerverwaltung, die Amtsschaffnerei, das Kreisoberingenieurbüro und die Jugendanwaltschaft neuzeitlich eingerichtet und vorzüglich untergebracht sind. Die im Schloss freigewordenen Büros werden der Gerichtsverwaltung zur besseren Unterkunft und dem Rittersaalverein als Ausstellungsräume dienen.

In Langnau und Trachselwald, wo umfangreiche Neu- und Umbauten im Gange sind, musste für die ganze Bezirksverwaltung vorübergehende Unterkunft beschafft werden.

Mit dem Erwerb des «Kirschgartens» in Spiez hat der Staat neben Wiesland ein ausgedehntes Rebareal von 243 Aren übernommen, das, wie die Gléresse-Rebe in Neuenstadt, durch die Rebbaugenossenschaft bewirtschaftet wird.

Der Ertrag des ersten Weinjahres war in Spiez erfreulich, indem ein Nettoergebnis von Fr. 3400 resultierte. Aber auch der Ernteertrag von Neuenstadt ist mit 55 Zubern gegenüber dem Vorjahr mit zirka 20 Zubern wesentlich höher ausgefallen, was ebenfalls in einem entsprechend höhern Erlös zum Ausdruck kommen wird.

Die Liegenschaftsverwaltung hatte sich auch im abgelaufenen Jahr wiederum mit zahlreichen Seegrund- und Strandbodengeschäften zu befassen.

Die schon im Jahr 1953 begonnenen Verhandlungen über die Schaffung eines Naturreservates in Mörigen am Bielersee führten im Berichtsjahr zu einer Verständigung und zum Abschluss eines Dienstbarkeitsvertrages, durch den nun die Schaffung eines Reservates auf alle Zeiten sichergestellt wird. Gegen eine einmalige Entschädigung stellen 5 Grundeigentümer ihre Strandbodenparzellen

im Gesamtflächeninhalt von 7 ha 11,57 a im Interesse der Erhaltung einer der schönsten Uferzonen am Bielersee dauernd zur Verfügung. Das Reservat soll in geeigneter Weise erschlossen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Im Zusammenhang mit der Anlage der Doppelstrasse der SBB und dem Ausbau der Durchgangsstrasse am linken Bielerseeufer fanden zahlreiche Verhandlungen über Abgabe von Seegrund zur Schaffung von Neuland als Realersatz statt.

Die zahlenmässigen Auswirkungen der verschiedenen Handänderungen gehen aus den nachstehenden Übersichten hervor:

A. Ankäufe

1. Amt Bern. Zum Zwecke der Erweiterung der Büros der kantonalen Polizeidirektion wurden mit Kaufvertrag vom 10. Oktober 1955, durch den Grossen Rat am 14. November 1955 genehmigt, von der Baugenossenschaft Altstadt Bern die beiden Häuser Kramgasse 20 und 22 in Bern, deren amtlicher Wert Fr. 249 600 beträgt, zum Preise von Fr. 470 000 käuflich erworben.

In Zollikofen war die Möglichkeit geboten, die in der Länggasse gelegene und an die Domäne der Landwirtschaftlichen Schule Rütti stossende landwirtschaftliche Liegenschaft des Alfred Jost zu erwerben, was eine vorzügliche Arrondierung der Domäne erlaubte. Der Halt beträgt 156,24 a, der amtliche Wert Fr. 28 050 und der Kaufpreis Fr. 240 000. Grossratsbeschluss vom 15. Februar 1955.

2. Amt Courtelary. Beim Amthaus Courtelary wurde von der dortigen Burgergemeinde ein Terrainabschnitt von 225 m² zum Preise von Fr. 1800 angekauft. Dieser Abschnitt diente zur Erweiterung der Parkierungsmöglichkeiten für Fahrzeuge von Besuchern der Bezirksbüros.

3. Amt Moutier. Mit Kaufvertrag vom 20. Januar 1955, durch den Grossen Rat am 15. Februar 1955 genehmigt, ist zur Errichtung einer Aussenkolonie der Heil- und Pflegeanstalt Bellelay von Jean Geiser dessen Liegenschaft «Les Vacheries-dessus» in Saicourt, bestehend aus einem geräumigen Wohnhaus mit Scheune und Stallung, Speicher und 7,5266 ha Land und Wald mit einem amtlichen Wert von Fr. 76 600 zum Preise von Fr. 145 000 erworben worden.

Ebenfalls in Bellelay wurde das durch den Verwalter der Heil- und Pflegeanstalt auf eigene Rechnung auf Boden des Staates erstellte Wohnhaus mit einem amtlichen Wert von Fr. 54 600 zu den Erstellungskosten von Fr. 80 337 durch den Staat übernommen.

4. Amt Neuenstadt. Von Louis Sunier in Nods ist zur Arrondierung der Domäne der Erziehungsanstalt Tessenberg eine in der Gemeinde Nods gelegene Parzelle Wiese und Wald im Halte von 1,1590 ha mit einem amtlichen Wert von Fr. 1400 angekauft worden.

5. Amt Seftigen. Für die Erstellung der Zweigsternwarte in Zimmerwald wurde die Erwerbung eines Bauplatzes von 815 m² Land notwendig, für welchen inklusive Baumenschädigung Fr. 4940 bezahlt worden sind.

6. Amt Nieder-Simmental. Um einer Überbauung der Umgebung des historischen Schlosses Spiez zuvorzukommen, erwarb der Staat von Frau Helene Schiess, Privatiere, den sogenannten Kirschgarten, bestehend aus

5,0049 ha Wald, Wiesen, Acker und Reben, mit einem amtlichen Wert von Fr. 100 240 zum Preise von Franken 500 490. Das Kulturland wurde verpachtet und die Bearbeitung der Reben der Rebbaugenossenschaft Spiez übertragen.

7. Amt Wangen. Zuhanden des Erziehungsheims Oberbipp ist von der Erbgemeinschaft des Frl. v. Ins eine Parzelle Acker von 18,51 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 650 zum Preise von Fr. 845 angekauft worden.

B. Verkäufe

1. Amt Bern. Der Einwohnergemeinde Bern sind für eine Korrektion des Schermenweges von einer Parzelle der Heil- und Pflegeanstalt Waldau 99 m² Land mit einem amtlichen Wert von Fr. 200 zum Preise von Fr. 990 verkauft worden.

Der Viertelgemeinde Ostermundigen wurden zum Zwecke des Ausbaues der Wegmühlegasse von verschiedenen Waldauparzellen 22,98 a Land mit einem amtlichen Wert von Fr. 920 zum Preise von Fr. 9192 abgetreten.

2. Amt Erlach. Die zu den Anstalten Witzwil gehörende und von diesen bisher vermietete sogenannte Brennerei in Ins ist an Fritz Gugger, Baggerführer in Ins, zum Preise von Fr. 40 000 verkauft worden.

3. Amt Interlaken. Für die Verbesserung der Zufahrt zu ihrem Lokal trat der Staat der Milchverwertungsgeossenschaft Habkern von seinem dortigen Pfrundgut einen Abschnitt von 88 m² zum Preise von Fr. 264 ab.

C. Abtausche

1. Amt Bern. In Bolligen hat mit Ernst Kiener ein wertgleicher Abtausch stattgefunden. Der Staat trat von einer Waldauparzelle ein Teilstück von 88,61 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 4690 ab und erhielt eine Parzelle von gleichem Halt und gleichem amtlichem Wert.

2. Amt Erlach. Der Einwohnergemeinde Ins sind von einer Parzelle der Anstalten Witzwil 502 m² Land mit einem amtlichen Wert von Fr. 170 gegen 401 m² mit einem amtlichen Wert von Fr. 130 wertgleich abgetauscht worden.

Vom Pfrundgut Siselen wurde den Gebrüdern Winkelmann eine Parzelle von 41,13 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 1690 gegen eine solche von 36,05 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 1480 wertgleich abgetauscht.

3. Amt Fraubrunnen. Zur Verbesserung der Zufahrtsverhältnisse zum Depot der Landwirtschaftlichen Geossenschaft Jegenstorf wurden dieser Genossenschaft 88 m² Pfrundland mit einem amtlichen Wert von Fr. 210 gegen ebenfalls 88 m² wertgleich abgetauscht.

4. Amt Nidau. Im Zuge einer Friedhoferweiterung in Sutz traten wir der Kirchgemeinde Sutz 386 m² Pfrundland mit einem amtlichen Wert von Fr. 150 ab und erhielten als Realersatz hiefür von den Gebrüdern Hurni einen Abschnitt von 326 m² mit einem amtlichen Wert von Fr. 120.

Übersicht über den Liegenschaftsverkehr

Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude Zahl	Erdreich			Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
		ha	a	m ²		
Bern	5	2	48	70	282 340	710 000
Courtelary	—	—	2	25	610	1 800
Erlach	—	—	40	06	1 610	—
Fraubrunnen	—	—	—	88	210	—
Moutier	3	7	52	66	131 200	225 837
Neuenstadt	—	1	15	90	690	1 400
Nidau	—	—	3	36	120	—
Seftigen	—	—	8	15	250	4 940
Nieder-Simmental	—	5	00	49	100 240	500 490
Wangen	—	—	18	51	650	845
Total	8	16	90	96	517 920	1 444 812

Abgang durch Verkäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude Zahl	Erdreich			Amtlicher Wert Fr.	Kaufpreis Fr.
		ha	a	m ²		
Bern	—	1	12	58	5 810	10 182
Erlach	—	76	28	—	52 310	40 000
Fraubrunnen	—	—	—	88	210	—
Interlaken	—	—	—	88	40	264
Nidau	—	—	3	86	150	—
Total	2	1	94	48	58 520	50 446

	<i>Seegrund- und Flussbettverkäufe</i>	<i>Kaufpreis Fr.</i>
	<i>m²</i>	
Thunersee: Därligen	58	an Zementwerke Därligen AG
Faulensee	215	an H. Hubacher, Faulensee
	25	an F. Trachsel, Faulensee
	1032	an Einwohnergemeinde Spiez
Gunten	19	an Erbengemeinschaft Holtkott
Gwatt	537	an Heimstätte für die reformierte Jugend . . . Tausch
Hilterfingen	184	an Dr. P. Rauscher, Thun
Leissigen	39	an Alb. Ringgenberg
Schüss: Biel	95	an Einwohnergemeinde Biel
	<u>2204</u>	<u>1695</u>

Ausweis über die Veränderungen

	<i>Erdreich</i>	<i>Amtlicher Wert</i>
	ha a m ²	Fr.
Stand der Domänen am 31. Dezember 1954	3366 11 53	104 854 054.—
a) Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche gemäss Aufstellung	16 90 96	517 920.—
b) Zuwachs durch ordentliche Berichtigungen (Neubauten Zahnräztliches Institut Bern, Bergbauernschule Hondrich, Amthaus Erlach, Erziehungsheim Kehrsatz, Schwesternhäuser Münsingen)	27 00	4 865 780.—
	<u>3383</u> <u>29</u> <u>49</u>	<u>110 237 754.—</u>
Verminderung im Jahr 1955:		
a) durch Verkäufe und Abtausche gemäss Aufstellung	1 94 48	58 520.—
b) durch Berichtigungen infolge ordentlicher Schätzungsveränderungen	23 78	174 080.—
Bestand der Domänen am 31. Dezember 1955	<u>3381</u> <u>11</u> <u>23</u>	<u>110 005 154.—</u>
Der Reinertrag der Domänen belief sich im Berichtsjahr auf		270 942.65
Im Voranschlag waren vorgesehen		<u>323 842.—</u>
Minderertrag gegenüber Voranschlag		<u>52 899.35</u>
Dieser Minderertrag ergibt sich aus:		Fr.
Mehrausgaben		128 471.50
./. Mehreinnahmen	50 396.—	
./. Minderausgaben	10 360.75	
./. Zahlungen zu Lasten von Rückstellungen	<u>14 815.40</u>	<u>75 572.15</u>
		<u>52 899.35</u>

X. Kantonalbank

Wie üblich beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht des Bankrates an den Regierungsrat niedergelegt sind, und verweisen im übrigen auf diesen Bericht, der sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt worden ist.

Rechnungsergebnis

Laut Gewinn- und Verlustrechnung setzt sich das Rechnungsergebnis für das Jahr 1955 aus folgenden Buchungen zusammen:

Ertrag an Zinsen, netto (einschliesslich 3 % Zins auf dem durchschnittlichen Wertschriftenbestand)	Fr. 9 706 984.48
Kommissionen, netto	» 1 674 206.38
Ertrag des Wechselportefeuilles	» 1 896 600.93
Ertrag der Wertschriften, dauernden Beteiligungen und Syndikatsbeteiligungen	» 693 888.77
Ertrag der Liegenschaften	» 364 351.48
Verschiedenes	» 443 723.99
	<hr/>
	Fr. 14 779 756.03

Wovon abgehen:

Verwaltungskosten	Fr. 9 925 274.87
Steuern und Abgaben	» 948 306.42

Verluste und Abschreibungen:

Verluste auf Wechseln	Fr. 10 082.50
Verluste auf Kontokorrent-Vorschüssen	» 57 672.25
Abschreibungen auf Mobiliar	» 172 764.78
Abschreibungen auf Bankgebäuden	» 157 391.40
Rückstellungen für besondere Risiken	» 112 930.40
	<hr/>
Abzüglich Wiedereingänge	Fr. 510 841.83
	» 47 683.41
	<hr/>
	» 463 157.92
	<hr/>
	» 11 336 739.21
	<hr/>
	Jahresertragnis Fr. 3 443 016.82

Verwendung:

1. 5 % Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 40 000 000	Fr. 2 000 000.—
2. Zuweisung an den Reservefonds	» 200 000.—
3. Zuweisung an den Baufonds	» 250 000.—
4. Zuweisung an die Generalreserve für Risiken	» 993 016.82
	<hr/>
	Fr. 3 443 016.82

XI. Hypothekarkasse

Wie in früheren Jahren beschränken wir uns auch hier auf die Wiedergabe der Hauptposten aus der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht der Direktion an den Verwaltungsrat der Anstalt enthalten sind. Der Bericht der Hypothekarkasse wird sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt.

Gewinn- und Verlustrechnung

Ertrag:	Saldovortrag vom Jahre 1954	Fr. 11 287.79
	Hypothekaranlagen	» 19 278 408.95
	Konto-Korrent-Debitoren mit Deckung	» 46 135.25
	Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung	» 90 039.65
	Konto-Korrent-Guthaben und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften	» 1 030 784.82
	Bankendebitoren	» 83 886.65
	Ertrag der Provisionen	» 88 729.87
	Zinsertrag der Wertschriften, Kursgewinne und Kommissionen	» 1 741 619.60
	Ertrag der Liegenschaften.	» 137 267.70
		<hr/>
		Fr. 22 458 160.28

Aufwand:	Verzinsung der festen Anleihen	Fr. 2 292 214.55
	Verzinsung der Pfandbriefdarlehen.	» 1 204 200.—
	Kassenscheine und Obligationen.	» 1 309 895.75
	Spareinlagen.	» 3 393 548.52
	Spezialfonds.	» 10 232 406.—
	Depositen in Konto-Korrent	» 160 960.90
	Kreditoren auf Sicht.	» 28 467.96
	Kommissionen.	» 15 480.36
		<hr/>
		» 18 637 174.04
		<hr/>
	wovon abgehen:	Fr. 3 815 986.24

Verwaltungskosten	Fr. 996 408.74	
Steuern und Abgaben	» 676 685.65	
Beiträge	» 2 200.—	
Abschreibung auf Mobilien	» 12 334.50	
	<hr/>	
	Reinertrag	» 1 687 628.89
	<hr/>	Fr. 2 128 357.35

Verwendung:

1. 4½% Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 30 000 000	Fr. 1 350 000.—	
2. Zuweisung an den Reservefonds	» 400 000.—	
3. Zuweisung an die Spezialreserve	» 350 000.—	
4. Vortrag auf neue Rechnung	» 28 357.35	
	<hr/>	Fr. 2 128 357.35

XII. Bernische Kraftwerke

Die *Gewinn- und Verlustrechnung* der Bernischen Kraftwerke AG. weist für 1955 folgende Hauptposten auf:

Haben:	Saldovortrag vom Jahre 1954	Fr. 164 363.80
	Ertrag aus dem Energielieferungsgeschäft	» 15 250 045.15
	Ertrag aus dem Installationsgeschäft	» 459 022.75
	Ertrag der Beteiligungen und Wertschriften	» 522 171.25
	Überschuss der Aktivzinsen	» 119 830.25
		<u>Summa Rohertrag</u> Fr. 16 515 433.20
Soll:	Steuern, Abgaben und Schwellenlasten	» 3 857 374.55
	Abschreibungen	» 7 612 815.10
	Einlage in den Tilgungsfonds	» 700 000.—
	Einlage in den Erneuerungsfonds	» 650 000.—
		<u>» 12 820 189.65</u>
		<u>Bleibt ein Reingewinn von</u> Fr. 3 695 243.55

Verwendung:

Zuweisung an den allgemeinen Reservefonds	Fr. 50 000.—
Zuweisung an den Spezial-Reservefonds	» 350 000.—
5½ % Dividende an das Aktienkapital von Fr. 56 000 000	» 3 080 000.—
Vortrag auf neue Rechnung	» 215 243.55
	<u>Fr. 3 695 243.55</u>

Der Energieabsatz hat im Berichtsjahr eine Steigerung um 190 Millionen kWh oder um 11,8% erfahren. Er betrug 1795 Millionen kWh gegenüber 1605 Millionen kWh im Vorjahr.

Auf die einzelnen Abnehmerkategorien verteilt, gestaltet sich die Energieabnahme in kWh wie folgt:

Allgemeines Licht- und Kraftnetz	1954	1955
Normalbahnen	943 652 296	1 029 275 035
Schweizerische Elektrizitätswerke	84 041 532	84 435 098
Ausländische Elektrizitätswerke	442 408 900	464 991 571
Elektrochem. und elektro-thermische Betriebe	20 265 000	1 850 000
Total	1 605 583 418	1 795 344 884

Der gesamte Energiebedarf wurde wie folgt gedeckt:

	kWh	%
Eigenproduktion	511 718 100	28,5
Bezug von den KWO	627 011 846	34,9
Bezug von den übrigen Partner- werken	67 053 000	3,7
Fremdenergiebezug	589 561 938	32,9
Total	1 795 344 884	100

Die Einnahmen aus Energielieferung sind entsprechend dem vermehrten Energieabsatz von Franken 59 109 485.05 auf Fr. 64 652 121.50 angestiegen. Zusammen mit dem Ertrag der Liegenschaften und diversen Einnahmen erbrachte das Energielieferungsgeschäft Fr. 66 000 920.55. Die Ausgaben haben sich von Franken 46 038 293.20 auf Fr. 50 750 875.40 erhöht, was vorwiegend auf vermehrte Energiebezüge von Partnerwerken zurückzuführen ist. Der Bruttoertrag des Energielieferungsgeschäfts ist von Fr. 14 136 141.95 auf Fr. 15 250 045.15 angestiegen.

Das Installationsgeschäft ergab einen Bruttoertrag von Fr. 459 022.75 (Fr. 408 816.35 im Vorjahr). Insgesamt beläuft sich der Bruttoertrag der Betriebsrechnungen beider Geschäftszweige auf Fr. 15 709 067.90 gegenüber Fr. 14 544 958.30 im Vorjahr.

Die Abschreibungen auf den Kraftwerken, Leitungen, Stationen und Verteilanlagen, Verwaltungsgebäuden und andern Liegenschaften, Mobilien, Werkzeugen und Fahrzeugen betragen Fr. 7 612 815.10 gegen Franken 6 954 740.95 im Vorjahr. Die Einlagen in den Tilgungsfonds mit Fr. 700 000 und in den Erneuerungsfonds mit Fr. 650 000 sind unverändert geblieben.

Bern, den 4. Mai 1956.

*Der Finanzdirektor:
Siegenthaler*

Vom Regierungsrat genehmigt am 15. Juni 1956.

Begl. Der Staatsschreiber: **Schneider**

